

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

224 (27.9.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Seitungspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abzügen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Karlsruher Gewerkschafts-Delegierten und Betriebsräte zur Kartoffelnot

Am Sonntag vormittag tagten im „Auerhahn“ die Delegierten der Betriebsräte und des Gewerkschaftskartells, um über Maßnahmen zu beraten, die der schweren Kartoffelnot abhelfen sollen. Auf ergangene Einladung waren Herr Oberbürgermeister Dr. Winter und der Reichstagsabgeordnete Gen. Schöpslin erschienen; das Ministerium des Innern verweigerte durch ein Schreiben auf die am kommenden Donnerstag tagende Konferenz, die sich mit der Kartoffelversorgung befassen soll. Die Versammlung war anfänglich sehr schwach besetzt. Die beiden Leiter der städtischen Preisprüfstelle, die Herren Dr. Müller und Stadtrat Jung, erstatteten Bericht. Ihre Vorschläge liefen darauf hinaus, die Preisprüfstellen sollen derart ausgebaut werden, daß sie wie ein Netz die Bezirke, das Land und das Meer überziehen und eng miteinander arbeiten sollen, wozu ihnen die erforderlichen Vollmachten zu gewähren seien. Dadurch würde der reelle Handel zur Durchführung der Versorgung nutzbar gemacht, der wilde Handel aber unterbunden werden können. Der Ausbau der Preisprüfstellen ermögliche eine einheitliche über das ganze Reich hinwegende Warenwirtschaft. Die Redner kritisierten scharf das wucherische Verhalten so vieler Bauern, wilder Händler und Beschäftigten unter scharfen Ausfällen die Regierung, daß sie den Preisprüfstellen Hindernisse in den Weg legen.

Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Der Vorsitzende des Kartells, Genosse Hof, hatte schon zur Einleitung der Versammlung betont, daß er bisher den Regierungen nicht alle Schuld zugeschoben habe, er sei aber jetzt zu einer anderen Auffassung gekommen. Die Regierungen der Republik seien völlig unfähig, für genügend Nahrungsmittel zu sorgen. Mit lächerlicher Miene wurde man von der Regierung bei Vorkesslungen abgeprügelt. Wenn die Regierung jetzt nicht den Wünschen der Organisationen Rechnung tragen, dann werde an die Waffen appelliert werden. Genosse Schöpslin legte dar, daß der beste Weg zur Abhilfe sei, wenn die Verbraucher mit den Erzeugern unter Mitwirkung amtlicher Stellen organisatorisch in der Lebensmittelfrage sich betätigen. Krebs vom Zentralrat forderte das Händlernetz und forderte energisches Auftreten der Arbeiterschaft. Von mehreren Rednern wurde scharf die Versorgung der Eisenbahnstationen beurteilt, die es den Wucherern auswärtiger Kartoffeln beinahe unmöglich macht, selbst die Kartoffeln an der Bahn abzuholen, sobald sie genötigt die teuren Frachtkosten der Güterbeförderung zu bezahlen, die 4-4.50 M. pro Zentner betragen. Genosse Schöpslin legte dar, daß auch die Warenverwaltung mit großen Schwierigkeiten zu rechnen habe. Genosse Schöpslin glaubt nicht, daß mit einem Netz von Preisprüfstellen mehr und Besseres zu erzielen ist hinsichtlich der Versorgung als bisher. Unter dem Niedergang der allgemeinen Moral, unter der über so sehr gesunkenen Staatsautorität, werden auch diese Prüfstellen nicht mehr erreichen können, als die jetzt vorhandenen Amtsstellen. Die Staatsautorität voll wieder herstellen, damit auch der gesamte Beamtenapparat endlich wieder einmal funktioniere, das sei auch in Bezug auf die Regelung der Ernährung bitter notwendig. Freilich müsse dazu die Regierung so umgebildet werden, daß die Arbeiterschaft den dringend erforderlichen Einfluß innerhalb der Regierungen habe. Solange aber die Arbeiterschaft das heutige Bild furchtbarer Herrschens bietet, werde sie gegen das Kapital, wie gegen die Wucherer, Händler und sonstigen Räte der Gegenwart wenig ausrichten können. Hätte sich die Arbeiterschaft geschlossen hinter die Regierung der Volksbeauftragten und dann hinter die stark mit Sozialdemokraten besetzten Regierungen gestellt, statt in Kämpfen sich selbst ohnmächtig gemacht, wäre es um unsere Ernährung besser bestellt. — Aus den Darlegungen vieler anderer Redner brach immer wieder die Erregung über die heutigen Zustände hinsichtlich der Kartoffelversorgung hervor, wie auch eine tiefe Erbitterung über das wucherische Getriebe, das als wilde Händler kein katastrophales Unwesen treibt. Auch die Sabotage, die nicht geringe Rolle der Landwirtschaft an unserer Ernährung spielen, wurde angeklagt. Die Versammlung beschloß, eine Delegation von 4 Personen zu den Verhandlungen am kommenden Donnerstag zu entsenden und nahm die folgenden Entschlüsse an:

- Forderung**
- Die Radikale Regierung hat unverzüglich das Nötige zu veranlassen:
 1. Daß in jeder Dorf- und Stadtgemeinde gemäß dem Reichsgesetz vom 25. 9. 1915 über die Preisprüfstellen und Versorgungsregelung Wirtschaftsräte errichtet werden, denen die Befugnisse der Prüfung und Überwachung der Preise und die Versorgungsregelung entsprechend dem erwähnten Gesetz zu kommen und daß die örtlichen Stellen zu Bezirks-, Kreis- und Landesverbänden unter dem Vorbehalt der Leitung des Vorstandes der örtlichen Preisprüfstellen der Amts- und Kreishauptstädte, der jedoch kein Regierungsbeamter sein soll, zusammengefaßt werden.
 2. Daß die Erlaubnis zum Sammeln und Verteilen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel und deren Verwendung aus Lieferungsgebieten im Bedarfsgebiete, unter Ausschluß des wilden Wuchers- und Schleichhandels, nur einer zuverlässigen im Bezirk (Gemeinde- oder Stadtbezirk, Amtsbezirk, Kreisbezirk usw.) wohnhaften bodenständigen und daher leicht zu überwachenden Händlerschaft, soweit ein solcher beim Beden noch zu bildenden örtlichen Erzeuger- und Verbraucherverbänden noch nötig ist, übertragen wird.
 3. Es sind die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, daß die Brot- und Fleischversorgung ausschließlich den in gemeindlichen Genossenschaften umgewandelten Innungen (Wäcker- und Metzgerinnungen) übertragen wird, die nach Maßgabe der von den Gemeinden bezug. dem Wirtschaftsrat aufgestellten Richtlinien, Überwachung durch den Wirtschaftsrat bezug. Preisprüfstellen selbstständig und sich selbstverwaltend die Brot- bezug. Fleischversorgung und den Schlachtviehkauf usw. handhaben.
 4. Daß das Landespreisausschuss, das sich zur Bekämpfung der Preissteigerung des Wuchers, Hamsters- und Schieberwunders unfähig erwiesen und nur den Staat mit Steuern belastet, sofort aufgehoben wird.

5. Es sind Schritte einzuleiten, daß die Länder Baden, Württemberg, Hessen und die bayerische Pfalz, ohne Rücksicht auf die politischen Grenzen, sich zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet mit geordneter Landwirtschaft zusammenschließen und daß diese wirtschaftliche Einheit auf das ganze Reich ausgedehnt wird.

Die Versammlung des Gewerkschaftskartells sowie der Betriebsrätezentrale lehnt das jetzige Gebahren der Generaldirektion in der Kartoffelaufuhr strikte ab. Die gewerkschaftlichen Organisationen und Betriebsräte verlangen unter allen Umständen, daß bahnlagernde Sendungen nur mit Genehmigung des Empfängers von der Güterbesitzerin zugelassen werden dürfen.

Das jetzige Gebahren der amtlichen Güterbesitzerin, ohne Rücksicht auf die bahnlagernde Adresse, die Güter zuzuführen, wirkt nicht preisbrechend, sondern preissteigernd und belastet die breite Masse der Bevölkerung in unerhörter Weise.

Sozialdemokratische Kundgebung gegen die bayerischen Reaktionskräfte, Königsmacher u. Reichsfeinde

Karlsruhe, 26. Sept. Am Freitag hat hier eine Versammlung der Sozialdemokratischen Partei stattgefunden, die sich mit der Frage der Monarchie oder Republik in Bayern beschäftigte. Vertreter aus ganz Vorderbayern, wie aus Bamberg, Würzburg und Schweinfurt waren erschienen. Die von 3000 bis 4000 Personen besetzte Versammlung erklärte, sich gegen jeden reaktionären Putschversuch mit derselben Energie anzusetzen, wie seinerzeit gegen die Aufhebung der Reichsverfassung im März 1919. Vertreter der Eisenbahnverwaltung, die für Bayern bei dem geringsten Versuch, die Monarchie anzukündigen, sofort jede Lokomotive, jeder Eisenbahnwagen still stehen. Auch die Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet hätten schriftlich ihre Solidarität bekundet; keine Kohlen werden mehr für ein monarchistisches Bayern gefördert. Reaktionskräfte werde kein Brennmaterial geliefert. Ohne Aufforderung beschloß die Versammlung, bei einer Meldung von reaktionären Putschversuchen sofort in den Generalstreik einzutreten.

Millerands Botschaft an die französische Nation

Paris, 25. Sept. (Havas.) Die Botschaft Millerands an die Nation über die Übernahme der Präsidentschaft bezieht sich auf die Nationalversammlung und die höchsten Verwaltungsstellen, zur Präsidentschaft der Republik, berufen hat, hat sie ihren Willen bekundet, nach außen wie nach innen die Politik aufrecht zu erhalten und fortzusetzen, die sie seit 8 Monaten fest gestützt hat.

Frankreich hat die Lehren des Krieges gelehrt. Diejenigen seiner Kinder, die für ihr Vaterland gestorben sind, haben nicht umsonst das Beispiel höchster Selbsteropferung gegeben. Aus ihren Gräbern entstand ein neues Frankreich. Es verschmähte innerliche Mißlichkeiten und verwerfliche Interessen.

Die Nation ist für immer mit dem republikanischen Regime verknüpft. Das allgemeine Wahlrecht ist souverän. Die Kundgebungen durch die Stimme der erwählten Vertreter bedürfen, um vollendet und beachtet zu werden, einer freien Erörterung unter der Kontrolle des Parlaments, sowie einer unabhängigen Legislative. Die Vermischung der Gewaltfunktionen der alten Tyrannen. Wir werden im Verein mit der Regierung die ihnen günstig erscheinende Stunde wählen, um mit kluger Hand die an den konstitutionellen Gesetzen wünschenswerten Änderungen vorzunehmen.

Unsere zertrühten Götter, lebende Zeugen von Leid und Occidimus ihrer Bevölkerung, schreiben nach der Notwendigkeit, durch unerschütterliche Geschlossenheit in Mäßigkeit und voller Übereinstimmung mit unseren Verbündeten die vollständige Ausführung der angemessenen und unterzeichneten Verpflichtungen zu erlangen. Der Vertrag von Versailles stellt mit den diplomatischen Instrumenten, die ihn begleitet haben und ihm angehängt sind, Garantien des neuen Europas und einer neuen Welt dar. Unsere Diplomatie wird dafür sorgen, daß er strikte ausgeführt wird.

Unsere Diplomatie zieht legitime Hoffnungen aus dem Fortschritt des Völkervertrages.

Die Armeen, die die Nation darstellen, die sich zur Verteidigung erhoben hat, hat zu ihrer Führung ausgezeichnete Chefs gefunden, gebildet durch die Republik in einer Schule des Krieges, von der die Geschichte sagen wird, daß sie Lehren des Sieges war.

Unsere Marine hat sich als ebenbürtig der Landarmee gezeigt. Eines der Ergebnisse, und nicht das am wenigsten in dem langen Kasse erwünschte, soll die Herabminderung des Militärdienstes sein.

Kaum dem jäherlichsten der Stürme entwichen, hat Frankreich mit Leidenschaftlichkeit die Arbeit wieder aufgenommen und durch seine Ruhe und Selbstbewußtsein Bewunderung erregt. Sein Beispiel wirkt ansteckend. Alle sozialen Auffassungen haben das Recht auf das Licht. Keine wird es für sich in Anspruch nehmen können, sich mit Gewalt durchzusetzen. In der alten Formel „Die Freiheit unter dem Gesetz“ hat die menschliche Vernunft die Frucht teuer bezahlter Erfahrungen zusammengefaßt. Die Republik hat daraus ihre Devotion und Richtlinien gemacht. Die Republik hat Stein für Stein eine Gesetzgebung der Arbeit erbaut, die heute den Vergleich mit den im Ausland errichteten Monumenten aushalten können. Sie beabsichtigt dieses Werk des Friedens und sozialen Fortschrittes fortzusetzen, indem sie immer solidarischer die Interessen der verschiedenen Mitarbeiter der Produktion gestaltet.

Legues Ministerpräsident

Paris, 24. Sept. (Havas.) Präsident Millerand hat Legues mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Legues hat angenommen und die Ministerpräsidentenschaft und das Ministerium des Innern übernommen. Legues (früher Legu) ist mehrfach Minister gewesen, aber bisher nicht so hervorgetreten, daß sein Name sich dem Ausland besonders eingepreßt hätte. Er gehört zu den linken Republikanern. Während von Poincare und Briand unter Umständen zu erwarten gewesen wäre, daß sie ihren eigenen Kopf aufsetzen — Poincare freilich mit dem Käppi des Herrn Koch darauf — ist Herr Legues Millerands Ministerpräsident.

Wirtschaftspolitische Rundschau

(Sinkende Valuta — Die Brotversorgung in Gefahr — Einfuhrbeschränkungen im Ausland — Reichszuschuß von 6 1/2 Milliarden für Brotgetreide — Krise und Kohlenmangel Ergebnisse der Viehzählung in Preußen)

Die Wirtschaftskrise steht unter dem starken Druck einer sprunghaft herabgehenden Valuta. Die Hoffnungen, daß es uns gelingen werde, langsam zu einer Besserung unserer Geldbewertung im Ausland zu gelangen, scheint vorläufig nicht in Erfüllung zu gehen. Leider trägt die jetzt eingeschlagene Wirtschaftspolitik dazu bei, diese ungünstige Lage auf dem Weltmarkt zu verschärfen, wenn sie nicht überhaupt die Ursache für den Sturz der Valuta abzugeben hat. Dem Drängen gewisser Interessentkreise nachgebend, hat man in Deutschland viel zu sehr die Einfuhr gelodert. Man ist den Wünschen des Außenhandels in weitem Maße entgegengekommen, obwohl man sich sagen mußte, daß gerade gegenwärtig, bei einer Störung des Absatzes auf dem Weltmarkt, der Zeitpunkt der ungeeignetsten ist, die Schleusen der Einfuhr weiter aufzuziehen. Mit wie wenig volkswirtschaftlicher Einsicht der Großhandel seine Politik betreibt, dafür gibt der Beschluß des Hamburger Senats, die Außenhandelsstellen aufzuheben, den besten Beweis. Gerade jetzt ist die Kontrolle dringend notwendig, und die Freiheit des Handels muß die Krise verschärfen.

Wir gehen gegenwärtig wiederum viele Millionen für die Einfuhr von Vorräten aus, die wir im Hinblick auf unsere Finanzen entbehren müßten. Das Anwaschen der Rohstoffe durch den Ausland in einer Zeit, wo unsere Einfuhr keine genügenden Gegenleistungen auslöst, muß zur Entwertung unserer Zahlungsmittel führen. Es war durchaus verfehlt, das teure Frischgemüse einzuführen. Für den Massenkonsum kam es nicht in Frage. Es erscheinen bereits wieder Apfelsinen, Bananen und italienische Weintrauben zu hohen Preisen auf dem Markt, die Auslandschokoladen, die teuren Konserven u. a. m. verschwinden nicht, obwohl wir uns alle diese Dinge nicht leisten können, und unsere Zahlungsbilanz schon durch die Einfuhr dringender notwendiger Lebensmittel stark belastet wird.

Wie sorgsam wir haushalten müssen, läßt sich nach dem Bericht der Reichsgetreidestelle erkennen, die bei Innehaltung der gegenwärtigen Proportionen einen Einfuhrbedarf von 2 Millionen Tonnen Brotgetreide hat, für die gegenwärtig ein Zahlungsaufwand von über 10 Milliarden Mark notwendig ist. Dazu kommt nun die Freigabe der Weizeinfuhr, der einige andere wichtige Lebens- und Futtermittel folgen. Mit dem Sinken der Valuta steigern sich die Zahlungsanforderungen, die uns weiter tiefer herabzerrren müssen. Der amerikanische Dollar, der bereits auf 85 Mark gekommen war, nähert sich einem Stand von 70 Mark. Das bedeutet, daß wir jetzt das Doppelte zahlen müssen, gegenüber dem Stand vor einigen Monaten.

Obwohl das Ausland lange nicht eine so weitgehende Entwertung seiner Valuta zu verzeichnen hat, geht man dort fortgesetzt mit neuen Einfuhrbeschränkungen vor. Frankreich, die Schweiz, die skandinavischen Länder, sie sperren sich gegen die Einfuhr gewisser Waren zum Teil aus Valutarückichten, aber auch, um der Industrie die Konkurrenz fernzuhalten. Größere Eingriffe nehmen die Staaten mit ungünstiger Valuta vor. Norwegen stellt die Einfuhr von Luxuswaren unter Kontrolle, Finnland hält seinen Außenhandel unter strenger Aufsicht, Lettland, das großen Bedarf an Waren hat, gibt eine umfangreiche Liste der gesperrten Einfuhrartikel heraus. Aus allem dem leert die deutsche Regierung nichts. Man hat dem Volk während der Wahl vorgerebet, der Freihandel werde uns aus aller Not befreien, und nun rennen die bürgerlichen Parteien, um nur die ersten zu sein, die die Bahn freimachen für etwas, dessen Erfolge wir jetzt spüren.

Auf dem Inlandmarkt dasselbe Spiel. Vergeblich fragt man sich, wie soll das Defizit in Brotgetreide gedeckt werden? Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch und Kartoffeln wurde damit begründet, daß durch den Widerstand der Landwirtschaft dem Mangel der behördlichen Kontrolle, die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft nicht mehr möglich ist. Nunmehr geht die Salutarität der Brotgetreidewirtschaft vor sich, um auch hier das Ergebnis der Aufhebung zu erreichen. Aller Anordnung zuwider erhält man jetzt Weizgebäck ohne Marken in manchen Städten. Was wird die Folge sein? Wir zehren unsere Ernte früher auf, als es nach sorgfamer Prüfung zulässig ist.

Die zwei Millionen Tonnen Getreide, die wir vom Ausland gebrauchen, erfordern einen Reichszuschuß von rund 6 1/2 Milliarden Mark, wenn wir nicht den Wrotpreis erhöhen wollen, das aber erscheint der Regierung bedenklich und sie steht nun mit ihrem Wahlversprechen, sie wolle diese Finanzwirtschaft der übermäßigen Belastung des Staats zur Senkung der Lebensmittel nicht weiter fortführen, vor der platten Unmöglichkeit der Durchführung. Selbst die Vertreter der deutschnationalen Volkspartei im Reichstag fanden sich damit ab, noch einen Schritt weiter zu gehen und die Abgabe von Mais als Viehfutter zu einem aus Staatsmitteln gesenkten Preis zu empfehlen. Dieser Zuschuß wird auf mindestens 2 Millionen Mark pro Monat berechnet. Eine finanzielle Belastung ganz unerträglicher Art.

So haben wir damit zu rechnen, daß in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Krise eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise eintritt, die sicherlich zur politischen Verwirrung nicht beiz

Seite 8.
spiele
isse 26.
der 7. Teil.
lung!
orgestr. 19 II
II bei Roder.
eise
Spanier
nd- und
it
erstr. 176.
Kundchaft,
anntes für
enken zum
a auf diesem
ten Dank.
adewet
ter und
.....
eater
bühne
phon 2502
do
Arena
kampffilm
n.
Inter-
der Film
istik!
in Spanien
piel
muss, wenn
en in klarer,
cherer Weise
ochen
in München
gleichzeitig
vor täglich
ohne dass
ums und der
isst.
eater

tragen kann. Die Besserung, die in einigen Industrien in der Geschäftslage anseht, ist an anderen Stellen durch einen vermehrten Rückgang der Aufträge ausgeglichen. Nach dem Bericht über die Arbeitslosigkeit, herausgegeben vom Reichsarbeitsministerium, fehlt es in einigen Industrien noch immer an Kohle, der Beschäftigungsgrad wäre ein besserer, wenn diese Behinderung in der Aufnahme vermehrter Betriebsfähigkeit nicht bestände. Die Kohlenlieferung an die Entente läßt nicht die volle Beschäftigung derjenigen Industrien zu, die genügend Aufträge haben. Die Kohlenförderung steht immer noch weit hinter dem Bedarf zurück und trägt mit dazu bei, daß wir in unserm Wirtschaftsaufkommen immer wieder niedergedrückt werden.

Die Viehzählung vom 1. Juni d. J. hat in Preußen wiederum eine erfreuliche Zunahme der Rindviehbestände ergeben. Gegen den gleichen Termin im Vorjahre hat der Rindviehbestand um 560 000 Stück zugenommen, darunter 215 000 Stück Milchkühe. Insgesamt beträgt der Rindviehbestand 9 800 000. Gegen den Stand vor dem Kriege allerdings noch ein Verlust von 1 151 000 Stück Rindvieh, darunter 842 000 Kühe. Die Schweinebestände sind um 2 Millionen gegen das Vorjahr hinausgegangen und erreichen jetzt die Zahl von 7 900 000 Stück; allerdings gegen 16 595 000 im Jahre 1918. Dagegen ist die Schafzahl über den Stand von 1913 hinausgegangen; die Zahl betrug im Jahre 1918 3 346 000 Stück, sie stieg auf 4 700 000. Die Zahl der Ziegen stieg in demselben Zeitraum von 1 910 888 auf 3 018 265 Stück. Ueberraschend ist die Zunahme der Geflügelzucht, die bei den enorm hohen Preisen für Eier einen besonderen Anreiz erhalten hat. Hier ist die Zahl der Hühner vom Jahre 1918 bis zur letzten Zählung von 23 028 469 auf 31 657 649 gestiegen.

Leider hat die Maul- und Klauenseuche in unserm Rindviehbeständen so arge Verwüstungen angerichtet, daß das gütliche Ergebnis wahrscheinlich bereits sehr herabgedrückt ist.

Die Waffenablieferung in Berlin

Berlin, 25. Sept. Nach einer Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung sind in der Zeit vom 15. bis 21. September — also innerhalb von 6 Tagen — in Berlin und Vororten abgeliefert worden: 14 000 Gewehre und Karabiner, 1500 Revolver und Pistolen, 170 Maschinenwaffen und Maschinenpistolen, 2 Geschütze, 425 000 Schußkleinmunitio und 4700 Handgranaten, außerdem eine große Anzahl von ablieferungspflichtigen Waffenteilen, darunter 3 Geschützrohre. Aus dem Reich sind bisher die genauen Zahlen noch nicht eingegangen, doch lassen den Reichskommissar vorliegende Angaben darauf schließen, daß auch außerhalb Berlins die Waffenablieferung einen günstigen Fortgang nehme.

Diese Zahlen geben ein Bild von der großen Waffenmenge, die sich im Besitz der Zivilbevölkerung befindet. Vor allem gilt es jetzt, die Agrarier und Bauern zu entwaffnen. Und da scheint es noch bedenklich zu haben.

Königsmacher, Staatsfeindler und Reichsfeinde in Bayern

Daß in Bayern an der Vorbereitung eines monarchischen Wiederaufbaus und Staatsstreiches gearbeitet wird, dafür sind nun schon genügend Belege erbracht worden. Und daß die heutige bayerische Regierung dabei eine traurige Rolle spielt, ist klar ersichtlich, wie auch, daß die Mehrheit des bayerischen Zentrums (Bayerische Volkspartei) die geschäftigen Hände mit in dem unfauberen Spiel hat. In München ist eine Spitzelorganisation entdeckt worden, die schlaglichtartig auf die Treibereien beleuchtet, die in Bayern gepflogen werden. Interessant ist auch, was ein bürgerlicher Publizist aus München der „Neuen Züricher Zeitung“ schreibt:

München hat heute kein wirklich demokratisches Blatt, die Schwerindustrie hat dafür gesorgt, daß an der Spitze der Reaktion das Feuer der Monarchie nicht gelöscht wird, bis man den Tag der Erfüllung gekommen glaubt. Es würde uns nicht wundern, wenn heute oder morgen München wieder als königliche Residenz erwachte. Die Politisten haben bereits wieder ihre alten Helme mit der gleichenden Krone über dem Wappenschild herabgeholt, die Hoflieferanten überlegen, ob sie die Embleme an ihren Läden überländen oder restaurieren lassen sollen. „Hörth“-Ephemerid

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff (Fortsetzung.)

„Nur nicht gleich wieder so aufbrausend!“ entgegnete Frondsberg und drückte die Hand des jungen Mannes. „Du kannst denken, daß wenn ein solches Wort öffentlich gesprochen würde, oder ich an diese Einfüßerungen glaube, Georg von Frondsberg nicht zu dir käme. Aber etwas muß denn doch an der Sache sein. Zu dem alten Lichtenstein kam öfters ein schlächter Bauernmann in die Stadt; er fiel nicht auf zu einer Zeit, wo so vielerlei Menschen hier sind. Aber man gab uns geheime Blicke, daß dieser Bauer ein verfallener Mann und ein geheimer Vorkämpfer aus Württemberg sei. Der Lichtensteiner zog ab, und der Bauer und sein geheimnisvolles Treiben war vergessen. Diesen Morgen hat er sich wieder gezeigt. Er soll vor der Stadt lange Zeit mit dir gesprochen haben, auch wurde er in deinem Haus gesehen. Wie verhält sich nun diese Sache?“

Georg hatte ihm mit wachsendem Staunen zugehört. „So wahr ein Gott über mir ist“, sagte er, als Frondsberg geendet hatte, „ich bin unschuldig. Heute früh kam ein Bauer zu mir und —“

„Nun, warum verstummst du auf einmal?“, fragte Frondsberg. „du glühst ja über und über, was ist es denn mit diesem Boten?“

„Ach! ich schäme mich, es auszusprechen, und dennoch hab ich ja schon alles erraten; er brachte mir ein paar Worte von — meinem Liebchen!“ Der junge Mann öffnete bei diesen Worten sein Wams und zog einen Streifen Pergament hervor, den er dort verborgen hatte. „Seht, dies ist alles, was er brachte“, sagte er, indem er es Frondsberg bot.

„Das ist also alles?“ lachte dieser, nachdem er gelesen hatte; „armer Jüngel und du kennst also diesen Mann nicht näher? Du weißt nicht, wer er ist?“

„Nein, er ist mir noch nichts als unser Liebesbote, dafür wollte ich stehen!“

„Ein schöner Liebesbote, der nebenher unsere Sachen ausfundschaften soll; weißt du denn nicht, daß es der gefährlichste Mann ist — es ist der Pfeifer von Hardt.“

„Der Pfeifer von Hardt?“ fragte Georg. „Zum erstenmal höre ich diesen Namen; und was ist es denn, wenn er der Pfeifer von Hardt ist?“

„Das weiß niemand recht; er war beim Aufstand des armen Konrad einer der schrecklichsten Aufreißer, nachher wurde

steht zum Empfang bereit und man wartet nur auf den ersten Anlaß.

Wir sind so toll, ebenfalls zu hoffen, daß er bald kommt; denn wir sind überzeugt, daß diese Komödie uns nicht erspart bleibt, und dann aber auch, daß sie um so rascher wieder in der Verfertigung der Operettenbühne verjähret, je fröhlicher sie mit ihren blinkenden Uniformen auf den Plan tritt. Man hielt am vergangenen Sonntag eine große Trauerfeier für die Gefallenen des Weltkrieges aus der Stadt München. Die „demokratischen“ „M. N. N.“ verkündeten mit Pathos, daß Prinz Ludwig Ferdinand, Prinz Alfons und Lubendorf als Ehrengäste anwesend waren. Zu gleicher Zeit wohnten „König“ Ludwig und „Kronprinz“ Rupprecht — man vergißt, daß er einstweilen noch Königin heißen sollte — in Wilhelmsruh einem Trauergottesdienst bei. Was fehlt da noch viel an den „alten herrlichen“ Zeiten? Man redet tauben Ohren, wenn man vor solchem Unterfangen warnt, das nur die Schreden des Bürgerkrieges, neues Elend und Leid über unser Volk bringen muß, und als Gendertag die Zerrümmung der Reichseinheit bringen kann. Und dabei ist der dauernde Erfolg doch mehr als zweifelhaft; denn selbst die letzten Wahlen mit ihrem gewaltigen Wendelschlag nach Rechts ergaben noch keine Mehrheit für die Anhänger des „Bayerischen Königsboten“. Und nun schwingt das Pendel doch hoffentlich, dem Naturgesetz folgend, eher wieder ein wenig nach links, wenn erst noch einige reaktionäre Monate ins Land gezogen sind.

Unser Augsburger Bruderblatt schildert die Situation in Bayern ebenfalls sehr ernst und weist auch dabei auf Lubendorffs Anwesenheit in Bayern hin. Das Blatt sagt:

„Wie herrlich weit haben wir es gebracht, zumal im Bayernland! Man denke, ein Lubendorf, der Mann mit dem Adlerauge, der bismarckische Reichstangler des siegreichen Deutschland, hat in den Revolutionstagen 1818 bei seinen Berliner Bewunderern von ebendem nicht einmal ein bergendes Hül aufstreifen können; der Mann ist nach Schwaben ausgereist, weil er zu feige war, gleich dem römischen Feldherrn Marcus nach der bedauernsvollen Schlacht im Autoburger Walde sich ins eigene Schwert zu stürzen. Ein Mann, der im Feldgrauen-Jargon: „Menschheitsgott“ hieß — solch ein Mann anseht sich nicht an die des selbstgekauften Grabes von des deutschen Reiches kümmerlicher Wohlthat noch als Reiter des Vaterlandes; ein solcher Mann schritt am 12. September 1920 an der Spitze von etlichen Duzend Generälen durch die Straßen Münchens, deren Gedanken, die in der Todesstunde sein Werk verfluchten: der stierköpfige Wille eines legendenumwachsenen Lubendorff hat uns ins Verderben gestürzt.“

Nicht bloß Patentrengstratzen erkennen die Zeit der Verheugungen von den Adelshäusern zurück, nicht bloß Schieber und Mörderer, Agrarier und Döbendenschluder besetzt ein vieldiesiges Berlin nach einem monarchischen Pflanz vor die vollgeschaffenen Geldtruben — auch Beamte, deren politischer Horizont nicht über ihre wirtschaftlichen Interessen hinausreicht, und vor allem der Priesterstand, der es ja stets mit der herrschenden Klasse hielt, rufen nach dem Monarchen — und wäre es ein Mann, auf den in furchtbaren Zentrumskreisen beim Bekanntwerden der Todesurkunde der unglücklichen Prinzessin Gabriela das Wort gemünzt wurde: „Gabe Gott, daß die Thronfolge dieses Mannes noch recht lange nicht aktuell werde!“ Wer dem vierjährigen Völkermordstrom den Blutstrom des schmerzhaften Bürgerkrieges in unserm engeren und weiteren Vaterlande folgen lassen will, wer es nicht nur auf die Zerstörung des Reiches, sondern auch Bayerns ankommen lassen will, der stelle sich am 25. September den monarchischen Dazubehalten zur Verfügung.“

Im Zusammenhang mit diesen Schilderungen interessiert, was das „Journal du Peuple“ über Frankreichs Donaubund-Klaine schreibt:

„Unser auswärtiges Amt leugnet nicht, daß wenn die Oesterreicher in Oesterreich durch einen Staatsstreich oder durch einen militärischen Aufstand die liberale Partei an die Macht bringen, es kein Hindernis mehr für eine starke reaktionäre Vereinigung Budapest, Bukarest, Wien und München unter der Oberhoheit Frankreichs geben wird. General Weygand wird bald nach Oesterreich abreisen mit der Aufgabe, die Ereignisse zu beschleunigen.“

Wenn auch französische Phantasie den Kreis der Hoffnungen etwas sehr weit zieht, daß Frankreich speziell in Bayern einzugreifen, das deutsche Reich von der Saar aus zu zerschmettern, unterliegt für uns keinem Zweifel mehr. Den Mittelstücken trauen wir jeden schloßen Streich gegen das deutsche Reich und das Volk zu, wenn den Herren die Aussicht winkt, daß einer der alten Würzseppes aus der Spitze wieder die Krone sich aufs Haupt setzen kann. Und die bayerischen ehemaligen Zentrümmer nebst dem hohen Klerus werden bei solchen

er begnadigt; seit der Zeit führt er ein unstetes Leben und ist jetzt ein Rundscharfer des Herzogs von Württemberg.“

„Und hat man ihn ausgefangen?“ forschte Georg weiter denn unwillkürlich nahm er wärmeren Anteil an seinem neuen Diener.

„Nein, das gerade ist das Unbegreifliche; man machte uns so still als möglich die Anzeige, daß er sich wieder in Ulm sehen lasse; in Euren Stall soll er zuletzt gewesen sein, und als wir ihn ganz im geheimen aufheben wollten, war er über alle Berge. Nun, ich glaube deinem Wort und deinen ehrlichen Augen, daß er in seinen andern Angelegenheiten zu dir kam. — Du kannst dich übrigens darauf verlassen, daß er, wenn es derselbe ist, den ich meine, nicht allein demwegen sich nach Ulm wagt. Und solltest du je wieder mit ihm zusammen treffen, so nim dich in acht, solchem Gefindel ist nicht zu trauen. Doch der Wächter ruft zehn Uhr. Gehe dich noch einmal aufs Ohr und verträume deine Gefangenschaft. Vorher oder gib mir dein Wort wegen der vierzehn Tage, und das sage ich dir, wenn du Ulm verläßt, ohne dem alten Frondsberg Lebenswohl zu sagen.“

„Ich komme, ich komme“, rief Georg, gerührt von der Wehmüt des berechneten Mannes, die jener umfonst unter einer lächelnden Miene zu verbergen suchte. Er gab ihm Handtreue, wie es der Kriegsrat verlangte; der Ritter aber verließ mit langsamen Schritten die Zierkammer.

12.
Nur einmal noch sah Leuchten
Mit seiner Augen Straß;
Loh hören seine Stimme
Nur noch ein einzig Mal!

Die Mittagssonne des folgenden Tages sendete drückende Strahlen auf einen Reiter, welcher über den Teil der Schwäbischen Alb, der gegen Franken ausläuft, hingog. Er war jung, mehr schlank als fest gebaut, und ritt ein hochgewachsenes Pferd von dunkelbrauner Farbe; er war wohl bewaffnet mit Brustharnisch, Dalm und Schwert; einige andere Stücke seiner Armatur, als der Helm und die aus Eisenblech getriebenen Armbündel und Reifschienen, waren am Sattel befestigt. Die hellblaue und weißgestrichelte Fiedelbinde, die von der rechten Schulter sich über die Brust zog, ließ erraten, daß der junge Mann von Adel war, denn diese Auszeichnung war damals ein Vorrecht höherer Stände.

Er war auf einem Berggipfel angekommen, welcher eine weite Aussicht ins Tal hinab gewährte. Er hielt sein schma-

elenden Streichen gegen das unglückliche Deutschland dabei sein. In Württemberg und Baden sind sicherlich ebenfalls faulose Zeitgenossen vorhanden, die sehnsüchtig über die klauenweigen Grenzspähle hinüberblicken und der Stunde der Ral dort drüben, und des Erfolgs harren. Es ist übrigens bemerkenswert, daß der größte Teil der bürgerlichen bairischen und württembergischen Zeitungen die Vorgänge in Bayern ganz nebenjächlich behandeln. Man kann ja auch durch wohlwollende Passivität staatsfeindliche Vorbereitungen unterstützen.

Der Kommunist Rühle über Kätterußland

Otto Rühle, der bereits den ganzen Weg von der Sozialdemokratie über U.S.P. und R.P.D. zur K.A.P.D. im Sprung zurückgelegt hat, urteilt im „Kommunist“ über das russische Räteystem folgendermaßen:

„Die Räte freilich sind in Rußland nur Schatten. Ein Feigenblatt für die Bureaucratie der Parteidiktatur. Indem sich über Rußland auf die Bureaucratie stützt, kommt es zu einer politischen und wirtschaftlichen Korinthe des Kommunismus. Zu einem groben, unfruchtbar und unerträglichen Staatsflaverei.“

Von einer Unterredung mit Rabel hat Rühle folgenden Eindruck nach Hause gebracht:

„Meine erste Unterredung mit Rabel war eine sachliche Auseinandersetzung. Stundenlang. Teilweise sehr heftig. Jeder Satz Rabels war ein Satz aus der „Roten Fahne“. Jedes Argument ein Spartakus-Argument. Rabel ist eben der Herr und Meister der K.A.P.D. Dr. Teufel und Konforten sind seine willigen Papageien. Sie haben keine eigene Meinung und werden von Moskau befehligt.“

Dazu ist zu bemerken, daß auch sonst Gerüchte umgehen, wonach alle in Bädern, Professorenbüros und Zeitungsredaktionen Beherrschungen Sowjetrußlands mit russischem Gelde bezahlt sein sollen. Wenn die Kommunisten der Meinung sind, daß die Annahme solcher Belohnungen unverfänglich ist — und tatsächlich hört man sie oft diese Meinung aussprechen —, dann kann doch gefordert werden, daß ihre finanziellen Beziehungen zu Moskau klargelegt werden. Vielleicht wird sich mancher Arbeiter zur kommunistischen Propaganda anders stellen, wenn er erfährt, daß sie mit russischen Regierungsgeldern bezahlt wird.

Crispienus schreibt Zeder und Morbio — Die Früchte der unabhängigen Erziehung

Der an anderer Stelle erwähnte Sprengungsausruf der Dämmung, A. Hoffmann und Genossen, läßt den Vorhängen der U.S.P., Herrn Crispienus, Zeder und Morbio schreiben in der „Freiheit“.

Hören wir ihn selbst:

Die Hüllen fallen! Die Unabhängige Sozialdemokratie soll zerrüttern und ihre Mitglieder den Kommunisten angestricheln werden.

Die kommunistische Partei ist infolge ihrer schlechten Organisation in ihrer verantwortungslosen Parteilichkeit nicht fähig gewesen, größere Massen zu sammeln. Deshalb hat sie ihre ganze Stoskraft gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, die revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats, gerichtet. Deshalb hat sie planmäßig unsere Partei mit kommunistischen Jellen durchsetzt. Deshalb hat sie gegen alle unsere Mitglieder, die sich gegen die kommunistischen Treiben wehren, eine persönliche Heße eröffnet. Sie werden als Sozialverräter, als Konterrevolutionäre, als Feinde Sowjetrußlands, als Sozialparasiten, als „rechte“ Führer verleumdet. Die Unabhängige Sozialdemokratie muß gehalten werden, die „linken Führer“ dürfen nicht mehr vor der Spaltung zurücktreten.

Welche Früchte die unabhängige Erziehung bei der durch zahlreiche Strafen systematisch betriebenen und verheerenden Masse zeitigt, zeigen die Vorgänge bei der letzten Erwerbslosendemonstration in Berlin. Es wird darüber berichtet:

„Zu der tausendköpfigen Menge sprachen von den Stufen des Doms, des Alten Museums, des Friedrich-Wilhelm-Denkmals und von der Schloßrampe gleichzeitig 18 Redner. Aber der Haß, der aus den Rednern sprach, war weniger gegen die „Korporation“ und das „kapitalistische System“, als gegen die untreuen Brüder von der U.S.P. gerichtet, die es abgelehnt hatten, sich an der Demonstration zu beteiligen. Wie erbittert die Stimmung gegen die U.S.P. war, geht daraus hervor, daß vor der Domtreppe ein Redner die Forderung erhoben konnte, sich im gegebenen Augenblick der Führer dieser Partei zu bemächtigen und sie entweder einzulernen oder an die Wand zu bemalen.“

hendes Hof an, wandte es zur Seite und genoh nun den schönen Anblick, der sich vor seinem Auge ausbreitete. Vor ihm eine weite Ebene, von waldigen Höhen begrenzt, durchströmt von den grünen Wellen der Donau; zu seiner Rechten die Hügelkette der Württembergischen Alb, zu seiner Linken in weiter, weiter Ferne die Schneekuppen der Arolser Alpen. In freudlichem Blick spannte der Himmel seinen Bogen über diese Ebene, und seine sanften, lichten Farben kontrastierten fonderbar mit den schwärzlichen Massen Ulms, das am Fuße des Berges lag, mit seinem dunkelbraunen, ungeheuren Mauerwerk. Die dämpften Gloden dieser alten Kirche begannen in diesem Augenblick den Mittag einzuläuten; ihre Töne zogen in langen, beruhigenden Akkorden über die Stadt, über die weite Ebene, bis sie sich an den fernen Bergen brachen und ättern in das Blau der Lüfte verschwebten, als wollten sie auf ihrer melodischen Leiter die Wünsche der Menschen zum Himmel tragen.

„So beglückte ihr also den Scheidenden, wie ihr seinen Eintritt begrüßt habt“, rief der junge Reiter, „mit denselben Tönen, mit denselben feierlichen Akkorden sprechet ihr zu ihm, wenn er kommt und geht; wie anders, wie so ganz anders deutete ich eure ehernen Stimmen, als mein Ohr euch zum erstenmal lauschte. Da vernahm ich in euch verwandte Töne, es klang mir wie ein Ruf zur Geliebten! Und jetzt, da ich scheide, ohne Aussicht, ohne Freude, jetzt ruft ihr mir dieselben Töne entgegen? Die Geburt meiner seligen Hoffnung habt ihr eingeläutet, von euch tönt jetzt das Grabgeläute meiner Hoffnung? Das Bild des Lebens!“ setzte er wehmütig hinzu, indem er nach einem langen Abschiedsblick auf dieses Tal, auf diese Mauern, sein Pferd wandte. „Das Bild des Lebens! Um Wege und Sarg schweben sie in gleichen Tönen, und die Glocken meiner Haustafel haben an jenem frühlichen Tage, wo man mich zur Taufe trug, mir ebenso getönt, wie sie mir tönen werden, wenn man den letzten Sturmspeer zu Grabe trägt!“

Das Gebirge wurde jetzt stiller, und Georg, denn als diesen haben unsere Leser den jungen Reiter schon längst erkannt, Georg ließ sein Pferd langsam hinschreiten, indem er seinen Gedanken nachhing. Es war der Weg nach seiner Heimat, und die Vergleichen, die er zwischen dieser Heimkehr und dem frühlichen Auszug anstellte, mochten nicht dazu beitragen, seine düsteren Gefühle aufzuhellen. Der geistige Tag, der schnelle Wechsel heftiger Empfindungen, seine Verhaftung, zuletzt noch heute der Abschied von Männern, die ihm wohlwollend, hatten ihn heftig angegriffen.

(Fortsetzung folgt.)

ellen. M...
monstratio...
und Schil...
kommt es...
gebunden...
Stattes...
Wiederu...
Frige Ban...
erhöhen...
Wieder...
Gausen...
...
U.S.P. un...
hat. J...
tatsächl...
stellen als...
nicht ge...
schichte...
wären, d...
von m...
als ver...
U.S.P. ...
daß die U...
lösen he...
tellen. U...
umitten...
Bagen...
Berrat...
sein Aus...
demokrati...
...
Daß...
die Wand...
nachdem...
als gang...
daß...
demokrati...
nom...
S...
fürger...
...
Gamb...
...
nen mach...
freie Bere...
gebildet...
von den...
berg und...
und p...
müssen...
...
...
Das...
schüre...
nase...
Bettens...
Lügenber...
des...
ten. Die...
Schreiben...
gerichtet...
werden...
...
Der...
General...
meisten...
...
Dritter...
Krieg

Die Anträge zum Parteitag

Die bisher zum Parteitag eingegangenen Anträge nehmen im „Vorwärts“ beinahe fünf Erdteilen in Anspruch. Abgelesen von den Anträgen, die die Reform des Parteiprogramms betreffen, begnügen wir uns mit einem allgemeinen Hinweis auf den Charakter und Inhalt der Anträge. Unsere räumlichen Verhältnisse gestatten uns nicht, alle Anträge zum Abdruck zu bringen. Innerhalb der 11 Anträge zur Tagesordnung verlangt ein Antrag von Groß-Berlin, noch den Punkt „Ernährungsfrage“ auf der Tagesordnung dieses Jahr zu befordern. „Wirtschaftspolitik“ mit ihren Teil- und Unterfragen verlangen noch mehrere Organisationen als Verhandlungsstoff. Was und Wobelschwerdt wollen „Die gegenwärtige Rechtsprechung“ noch behandelt wissen.

Zum Bericht des Parteivorstandes sind 28 Anträge eingelaufen. Hamburg verlangt Aufwachenlisten der Abgeordneten für Reichstag und Landesparlament, um die Sitzungswahnsünder zur Rechenschaft zu ziehen. Einige Anträge beziehen sich auf die Unterhaltung der Presse. Ost-Weistalen verlangt an Stelle der „Partei-Korrespondenz“ ein politisches Mitteilungsblatt. Breslau verlangt Gekochtwürste für unentgeltliche Entbindungshilfe und die Verhaftung des Geheimen Rats. Was verlangt eine Rechtschutzversicherung für Parteigenossen. Heselund wendet sich an den Parteitag, daß auf der Insel endlich Gemeindevahlen auf Grund des Verhältniswahlrechts eingeführt werden. 36 Anträge betreffen Organisation und Agitation. Die meisten dieser Anträge behandeln die Mitgliederbeiträge. Hamburg verlangt innerhalb der örtlichen Bezirke eine selbständige Sektion für Landstämme.

Zum Bericht der Fraktion des Reichstages liegen 94 Anträge verschiedener Art vor. Diese Anträge zeigen so recht die demokratische Eigenart unserer Partei, die seit im Parlamentarismus wurzelt. Anträge für Eintritt in die Regierung wechseln mit Anträgen ab, die strikte Enthaltenspolitik verlangen. Die Anträge zu diesem Punkte beziehen sich mit der Sozialversicherung, dem vollständigen Verbot der gewerblichen Kinderarbeit, der Steuererleichterung, der Demokratisierung der Verwaltung, der Abschaffung der Abschaffung der Wehrpflicht, der Reichswehr usw. Wiedemann verlangt die stromunabhängige fäkalische Fortleitung, welche durch Vermächtnisse privilegiert sind. Groß-Berlin will mit einem Antrag dem Schleichhandel und dem Wucher ganz energisch ans Fell. Oldenburg verlangt ein Gesetz, wonach die Betriebsräte in die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften gewählt werden können. Ein Antrag Hamburg will ein ähnliches Gesetz wie das dänische vom 11. Oktober 1906 zur Bekämpfung der denerischen Krankheiten und zur Befreiung der Vorbesten. Ein Antrag Augsburg will die Apotheken in die Gemeinwirtschaft überführen. Dresden-Land beantragt ein Reichspensionsgesetz für alle Staatsbürger und verlangt die Entlassung aller Personen der Reichswehr, die sich am republikanischen Geiste verlohren haben. Brandenburg-Westhaveland spricht sich für die Sozialisierung des Seefischfangs und des Seefischhandels aus.

Der Punkt „Jugend und Bildung“ hat 22 Anträge. Norden stellt folgenden Antrag: 1. Einführung der Simultanschule. 2. Die Einheitschule ist durchzuführen. 3. Der Rektor soll nicht eo ipso Mitglied des Schulvorstandes sein. Der § 174 der Reichsverfassung muß eine Änderung erfahren. 4. Den Vorst. im Schulvorstand führt ein Lehrer. 5. Die Volksschulklassen dürfen nicht länger besetzt sein, als die höheren Schulen, wo in den höheren Klassen kaum 10 bis 20 Schüler auf eine Lehrkraft entfallen. Die Höchstzahl der Schüler soll nicht über 30 steigen. 6. In den Städten und ländlichen Schulen den Volksschulen anzuschließen. (Prinzip der Einheitschule). 7. Der Fortbildungsschulunterricht ist für alle Knaben und Mädchen obligatorisch einzuführen. 8. An dem Haus-haltungunterricht haben alle Mädchen, einerseits, welche Schule sie besuchen und welchem Stand sie angehören, teilzunehmen. In allen Städten und Flecken ist eine Haushaltungsschule einzurichten, an der die Mädchen bis zum vollendeten 16. Lebensjahre teilnehmen müssen. 9. Sämtliche Lehrer der höheren und niederen Schulen erhalten die gleiche Ausbildung. Einen interessanten Antrag stellt die Bezirksleitung Linde-Niederhein. Er lautet: Sämtliche Gesichtswerte, ganz gleich ob es sich um deutsche oder preußische Geschichte, um die Geschichte der Literatur oder um die der Pädagogik und des Erziehungswesens handelt, sind vom einseitigsten reaktionären, meist auch vom widerwärtigsten konfessionellen Standpunkte aus geschrieben. Es seien jene Werte, welche die geschichtlichen Tatsachen vom Standpunkte eines freidenkenden sozialdemokratischen Fühlenden und sozial geschulten Wissenschaftlers und Lesers aus darstellen, Werte, aus denen alles Reaktionäre, Theologische, Konfessionelle, Militaristische und Dynastische, einer Demokratie und Republik Widerstrebende entfernt bleibt, die nur das bringen, was der modernen, geschichtlichen Kritik standhält und geeignet ist, junge freisinnige sozialdemokratische Menschen und Lehrer zu erziehen. Unser Antrag an den Parteitag geht daher dahin, daß: 1. geeignete Männer umfassender Bildung und freisinnigen Geistes mit der Abstufung u. Verteilung solcher Gesichtswerte beauftragt werden; 2. durch Vereinstellung von Mitteln jenen Männern Gelegenheit gegeben wird, genannte Werte ohne Sorge und Rücksichtnahme zu verfassen; 3. ihnen die Drucklegung und weitest Verbreitung ihrer Werke garantiert wird. — Zwei andere Anträge lauten: Barel. Der Parteitag wolle prüfen ob es angebracht ist, eine illustrierte Wochenzeitung, verbunden mit einer Monatszeitung, herauszugeben, um die bürgerlichen Unternehmungen dieser Art aus den Arbeiterhäusern zu entfernen und auf diese Weise besonders unter den Frauen agitatorisch zu wirken. Beumlinster. Der Parteitag beschließt, nach Möglichkeit Bezirkspartei-schulen nach dem Muster der Berliner Partei-schule einzurichten.

Zum Bericht vom „Internationalen sozialistischen Kongress“ liegen 5 Anträge vor. Hamburg lenkt die Aufmerksamkeit auf einen internationalen Nachrichtendienst und legt dem Parteitag eine längere Entschließung vor. München verlangt: Der Parteitag wolle beschließen: Die deutsche Sozialdemokratie beantragt beim Internationalen Sozialistischen Bureau den sofortigen Austausch von Parteigenossen der Länder, die als Bevollmächtigte ihrer Landesparteien tätig sind und gemeinsame Hilfsaktionen fördern.

Zur Wohnungsfrage liegen 15 Anträge dem Parteitag vor. Brandenburg-Westhaveland macht Vorschläge über die Behandlung der Wohnungsnot und Hamburg fordert: Der Parteitag 1920 in Kassel beschließt, die sozialdemokratische Reichsorganisation zu beauftragen, umgehend nachstehenden Antrag dem Reichstage als Gesetzesvorlage zugehen zu lassen: 1. Alles 1914 im Kulturkampf d. h. in Ruhe und landwirtschaftlicher Bearbeitung gewesene Land, das aber 1920 nicht mehr in Ruhe und landwirtschaftlicher Bearbeitung stand, der Zwangsbebauung, gegebenenfalls durch Enteignung zu führen zu wollen. 2. Alle in Privatbesitz befindlichen kulturfähigen Oedländerien zu enteignen und den Siedlungsgenossenschaften resp. Vereinen sowie auch an private Personen, soweit selbige sich verpflichten, die landwirtschaftliche Bewirtschaftung und Nutzung vorzunehmen, zu möglichem Anbruch in Gebirge zu überweisen. Weiter wolle die Reichsorganisation dem Reichstage nachstehende Gesetzesvorlagen zugehen lassen: Bei allen Veräußerungen und Verkäufen von Grundstücken, gleichgültig ob mit Wohnhäusern bebaut, oder in landwirtschaftliche Kultur genommen, erhält der Staat das Vorlaufrecht. Jeglicher unverbinder Wertzuwachs, der sich bei Verkäufen für den Verkäufer ergibt, ist von den Landesfinanzämtern einzuziehen. Im weiteren fordert Hamburg: Die sozialdemokratischen Fraktionen der Parlamente werden beauftragt, nachdrücklich dafür einzutreten, daß die früheren fürstlichen Schloßherren in bedeutend höherem Maße als bisher in Anspruch genommen werden als Anwaltskammer oder als Feinde für erholungsbedürftige Kinder.

Sechs Anträge sind unter „Sonstige Anträge“ bezeichnet. Der Antrag Wittenbach heißt: Wir erheben schärfsten Protest gegen Umtriebe der reaktionären Offiziere der Reichswehr bezw. der Sicherheitswehr. Gleichzeitig fordern wir die Beisetzung des Reichswehrministers Dr. Gehler sowie des Verkehrsministers Brücker wegen ihres brutalen Vorgehens. — Andernach verlangt den Schnapsbottel und sagt: In Anbetracht der außerordentlichen guten Leistungen, die der auf dem Parteitag der S.P.D. in Leipzig im Jahre 1909 beschlossene Schnapsbottel ausgelöst hatte, stellt hiermit die Ortsgruppe Andernach den Antrag, den Schnapsbottel erneut auszusprechen mit dem Zusatz: Alle Parteigenossen verpflichten sich, von heute ab keinen Branntwein oder sonstige hochprozentige Getränke als Genußmittel zu trinken und mit allen zu Gebote stehenden Kräften den Kampf gegen diesen gefährlichen der Volksfeinde zu führen. Zum Schluß stellt Witten den Antrag, den nächsten Parteitag in Witten stattfinden zu lassen.

Das Parteiprogramm

Groß-Berlin. Der Parteitag in Weimar 1919 nahm eine Entschließung zur Sozialisierung an, in der es heißt: „Der Parteitag fordert daher von der parlamentarischen Vertretung der Partei und ihren Regierungsmitgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist. Wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist, ist an die Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft (Gemeinwirtschaft) durchzuführen.“

Der Parteitag erkennt diese Entschließung nochmals und ausdrücklich an. Groß-Berlin. Der Parteitag wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die Gehobenen als Staatsbeamten angestellt und deren berufliche Tätigkeit nach einem staatlich festgelegten Tarif ausgeübt wird, der in vernünftigen Grenzen gehalten ist, wenn es bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs noch nicht möglich sein sollte, gemäß unserer alten sozialistischen Forderung (Verstaatlichung des Geheimen Rats) die Geburtschilfe überhaupt ohne irgendwelche Unkosten für die Eltern zu gewähren. Brandenburg-Westhaveland. Der Parteitag möge die Frage der Revision des Parteiprogramms einer Kommission überlassen, die den kommenden Parteitag Bericht erstatten wird. Der Parteitag möge für die Arbeiten unserer Genossen in der Partei, den Organisationen, in Staat und Gemeinden allgemeine Richtlinien aufstellen und diese zur Grundlage eines Aktionsprogrammes machen, das vor allen Dingen von der Tendenz getragen werden soll, die Verbindung zwischen den Parteigenossen im Lande und den Genossen in Parlamenten, Regierungen, an Leitenden Stellen usw. enger zu gestalten.

Soran-Fort. Der Parteitag in Kassel möge beschließen, eine Kommission zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms einzusetzen. Bezirkskonferenz Ostfalen. Die vom Parteitag zur Revision des Parteiprogramms einzusetzende Kommission soll sich dagegen anlegen sein lassen, an Stelle des zweiten Teiles ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches die zu verwirklichenden Gegenwartsforderungen enthält. Die planmäßige Organisation der Wirtschaft, die Reform der Verwaltungs- und Industriebehörden, Schulfragen, die Stellung der Betriebsräte im Wirtschaftsleben müssen der wesentlichste Inhalt des Aktionsprogramms sein. Die Bezirkskonferenz beantragt, daß auf dem Parteitag in Kassel bei der Beratung über das Erfurter Programm und der Aufstellung von Aktionsprogrammen auch grundsätzlich die Wamtenfrage gestellt und festgelegt wird.

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Einstimmig schloß sich die Bezirkskonferenz den von der Parteivorstand in Breslau gestellten Anträgen zur Erneuerung des Parteiprogramms (Aktionsprogramm) an unter Streichung des Satzes unter A Ziffer 6: „Rechtsprechung in Strafsachen durch vom Volk gewählte Richter“. Wir wollen einen vollständig unabhängigen Richterstand haben. Die Anträge lauten nach der Änderung folgendermaßen:

A. Politische Forderungen.

- Allgemeine Abrüstung. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit allein durch die Polizeikräfte. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf friedensgerichtlichem Wege. Selbstbestimmungsrecht der Völker.
- Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken. Aufhebung jedes Einflusses der Militärverwaltung auf nicht militärische Verhältnisse.
- Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlichen und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
- Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Anwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollständig selbst ordnen.
- Weltlichkeit der Schulen. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, die als allgemeine Einheitschule die gesamte Jugend bis zum Alter von 18 Jahren aufnimmt und entsprechend der individuellen Veranlagung und Reigung auf das Leben und den späteren Lebensberuf vorbereitet. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Unterbringung in der öffentlichen Schule. Selbstverwaltung des öffentlichen Schulwesens durch Selbstverwaltungskörper, die sich aus Vertretern der Erziehungsberechtigten der Lehrerschaft und der Jugend zusammensetzen.
- Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestandes. Berufung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe.

B. Sozialpolitische Forderungen.

- Wirtschaftliches Räteystem nach den Beschlüssen des Weimarer Parteitages.
- Vereinstellung der Arbeiterversicherungen. Maßgebende Mitwirkung der Arbeiterchaft an der Verwaltung.
- Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistungen durch allgemeine Krankenversicherung. Mutterchaftsversicherung.
- Ausreichende Erwerbslosenversicherung.
- Umfassende Wohnungspolitik. Beschaffung von Mietwohnungen unter regierender Mitwirkung eines Reichswohnungsamtes.

C. Wirtschaftliche Forderungen.

- Vollsozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Konzentration genügend fortgeschritten ist. (Kohle, Eisen, Kali, Elektrizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel). Dazu Schaffung für selbstverwaltender Körperschaften, durch deren Organisation das Allgemeininteresse gefördert wird, unter Einwirkung und Beaufsichtigung der Produktion bei steigender Gewinnbeteiligung der Allgemeinheit.
- Gewinnbeteiligung des Reiches an Unternehmungen monopolistischen Charakters, die zur Sozialisierung noch nicht geeignet sind.
- Übernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die dringlich monopolistischen Charakter tragen, durch die Kommunen, Heranziehung der Genossenschaften, vor allem zur Lebensmittelversorgung.
- Förderung des Kleinhandelswesens unter Abgabe der Erziehung zu Erbpacht. Ueberführung der modernen landwirt-

schaftlichen Großbetriebe in Eigentum des Staates oder der Genossenschaften.

Weiba. Angesichts der Tatsache, daß nur eine Partei, in sich geeinte sozialdemokratische Partei das werktätige Volk aus den Fesseln des Kapitalismus befreien und den Sozialismus entgegenführen kann, steht die Ortsgruppe Weiba der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Standpunkte, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, um zugleich das Proletariat vor den weiteren Schäden der Selbstzerfleischung zu bewahren, den Wiederaufbau des Reichs mit dem Zweiten Internationale angehörenden Teile der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erreichen.

Aus diesem Grunde ist die Revision des Parteiprogramms beizutragen, daß einer Einigung innerhalb der beiden sozialistischen Parteien die Wege geebnet werden.

Chemnitz. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist grundsätzlich für den geschlossenen deutschen Einheitsstaat. Sie erblickt in der noch bestehenden deutschen Kleinstaaterei und ihrer Weiterentwicklung eine Gefährdung des Reichs-, Finanz- und Wirtschaftsinteressen und eine größere Gefahr für die politische und politische Einheit, sowie für die Einheit der Republik. — Die sozialdemokratischen Fraktionen der Einzelstaaten haben deshalb die Pflicht, streng nach diesem Grundsatz zu wirken. Der Grundgedanke dieses Antrages soll, falls die Partei nicht früher in diesem Sinne Entschlossenheit fah, im neuen Parteiprogramm deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

Nordhausen. Der Parteitag in Kassel wolle beschließen: Der 2. Teil des Erfurter Programms wird von einer zu wählenden Kommission einer der neuen Verhältnisse entsprechenden Umarbeitung unterzogen. Die wichtigste Forderung ist hierbei die Inangriffnahme der Sozialisierung.

Meinigen. In Erwägung dessen, daß in den „Vorschlägen“ für die Erneuerung des sozialdemokratischen Programms“ des Wesen und Wirken der Planwirtschaft von den Genossen Wiffel und Robert Schmidt für und wider sehr eingehend erörtert wird, und in besonderer Berücksichtigung dessen, daß die immer mehr überhandnehmende Wirtschaftskrise gewisser großkapitalistischer Betriebe (siehe Annullierungsprämie der Daimler-Werke) sehr bald zu einem katastrophalen Zusammenbruch führen muß, beantragt die heutige Versammlung den Punkt „Wirtschaftspolitik“ als dringende Angelegenheit auf dem Kasserer Parteitag mit zu behandeln und dabei gleichzeitig die Genossen Wiffel und Robert Schmidt als Referenten und Korreferenten für und wider die Planwirtschaft zu bestellen.

Wittenbach. Beschleunigung der Sozialisierung aller reifen Betriebe ohne jede Entschädigung.

Bad Berka. Der Parteitag wolle beschließen, bei der Aufstellung des neuen Parteiprogramms, um dasselbe für die breiten Massen verständlich zu gestalten, den Gebrauch der Fremdwörter möglichst vermeiden zu wollen.

Ostfalen. Förderung der Erziehung durch die Arbeitsgemeinschaft der neuen Kultur: Arbeitsschule. Förderung der Einheitschulen. Zum Begriff der Einheitschule im weiteren Sinne gehört auch die Ausbildung der Eltern zu Erziehern und soziale Fürsorge für werdende Mütter und für Kinder.

Förderung der allgemeinen Schulpflicht und des allgemeinen Schulbesuchs bis zum vollendeten 18. Lebensjahre. Förderung der Selbstverwaltungskörper für die Schule (Kindergarten, Volksschule), die sich bis zum Reichsstruktur aufbauen, bestehend aus Eltern, Lehrern und Vertretern des Staates. Förderung der pädagogischen Fakultäten an den Universitäten. Ostfalen. Die persönliche und staatliche Unterstützung des Genossenschaftswesens ist in das Programm aufzunehmen.

Breslau. Der Parteitag wolle beschließen: Das Erfurter Programm wird in seinem praktischen Teil außer Kraft gesetzt. Das Aktionsprogramm der Partei enthält nach jetzt ab folgende Forderungen:

A. Politische Forderungen.

- Allgemeine Abrüstung. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit allein durch die Polizeikräfte. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf friedensgerichtlichem Wege. Selbstbestimmungsrecht der Völker.
- Eine einheitsliche und unteilbare demokratische Republik mit voller Selbstverwaltung in Ländern, Landesteilen und Gemeinden in solchen Angelegenheiten, die regional bzw. lokale Bedeutung haben.
- Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken bis zur völligen Aufhebung. Aufhebung jedes Einflusses der Militärverwaltung auf nichtmilitärische Verhältnisse.
- Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlichen und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
- Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Anwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollständig selbst ordnen.
- Weltlichkeit der Schulen. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, die als allgemeine Einheitschule die gesamte Jugend bis zum Alter von 18 Jahren aufnimmt und entsprechend der individuellen Veranlagung und Reigung auf das Leben und den späteren Lebensberuf vorbereitet. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Unterbringung der Schüler und Schülerinnen in der öffentlichen Schule. Selbstverwaltung des öffentlichen Schulwesens durch Selbstverwaltungskörper, die sich aus Vertretern der Erziehungsberechtigten, der Lehrerschaft und der Jugend zusammensetzen.
- Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestandes in Strafsachen. Rechtsprechung in Strafsachen durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe.

B. Sozialpolitische Forderungen.

- Wirtschaftliches Räteystem nach den Beschlüssen des Weimarer Parteitages.
- Vereinstellung der Arbeiterversicherung. Maßgebende Mitwirkung der Arbeiterchaft an der Verwaltung.
- Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistungen durch allgemeine Krankenversicherung. Mutterchaftsversicherung.
- Ausreichende Erwerbslosenversicherung.
- Umfassende Jugendpolitik. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Verbot der Frauen und Jugendlichen unter 18 Jahren in solchen Industriezweigen, in denen die Arbeit besonders gesundheitsgefährlich ist. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.
- Umfassende Wohnungspolitik. Beschaffung von Mietwohnungen unter regierender Mitwirkung eines Reichswohnungsamtes.

C. Wirtschaftliche Forderungen.

- Vollsozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Konzentration genügend fortgeschritten ist. (Kohle, Eisen, Kali, Elektrizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel). Dazu Schaffung für selbstverwaltender Körperschaften, durch deren

...ation das Allgemeininteresse gefördert wird, unter Steigerung und Verbilligung der Produkte bei steigender Gewinnbeteiligung der Allgemeinheit.

2. Gewinnbeteiligung des Reiches an Unternehmungen monopolistischen Charakters, die zur Sozialisierung noch nicht geeignet sind.

3. Übernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die örtlich-monopolistischen Charakter tragen, durch die Kommunen, Heranziehung der Genossenschaften, vor allem zur Lebensmittelversorgung.

4. Förderung des Kleinhandelswesens unter Abgabe der Erzeugung zu Erzeugnissen. Überführung der modernen, landwirtschaftlichen Großbetriebe im Eigentum des Staates oder der Genossenschaften.

Hamburg. Der Sozialdemokratische Verein für das Hamburger Staatsgebiet stellt folgenden Antrag:

Der Parteitag in Rassel möge die Einsetzung einer Kommission zur Erneuerung des Parteiprogramms beschließen und dieser Kommission die nachstehenden Wünsche zur Berücksichtigung überweisen:

1. An dem Klassenkampfstandpunkt, den die Arbeiterklasse innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft einnehmen hat, ist grundsätzlich festzuhalten.

2. Ebenso an dem Ziel einer freien sozialistischen Gesellschaft, wie es im Erfurter Programm aufgestellt ist.

3. Mit größtem Nachdruck ist jedoch zu erklären, daß der Kampf der Arbeiter nicht nur ein politischer, sondern zugleich ein wirtschaftlicher und kultureller sein muß. Die Bedeutung der Genossenschaften und Genossenschaften als Mittel zur Verbesserung einer schrankenlosen Ausübung und Vererbung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse muß ausdrücklich hervorgehoben und auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Hand- und Kopfarbeiter in einheitlich geleiteten wirtschaftlichen Organisationen hingewiesen werden. In gleicher Weise ist die Notwendigkeit der geistigen Hebung der Arbeiterklasse durch Bildungsanstalten zu betonen.

4. Unter den politischen Forderungen ist aufzunehmen die Aufstellung der deutschen Republik zu einem Einheitsstaat, der durch eine zweckmäßige Dezentralisation insbesondere auch den deutschen Handels- und Gewerbetreibenden eine ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung angemessene Selbstverwaltung und Entwidlungsmöglichkeit einräumt.

5. Neben dem allgemeinen Programm, dessen Umfang zunächst einzuschränken ist, sollen Aktionsprogramme für die Tätigkeit der Partei auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Grund- und Bodenfrage, des Gesundheitswesens sowie der Steuerpolitik und des Schulwesens usw. ausgearbeitet werden.

Hamburg. Künftige wichtige Veröffentlichungen zum Parteiprogramm sind vom Parteivorstand in Broschürenform und zu billigen Preisen den Parteigenossen zur Verfügung zu stellen, so daß weiteste Kreise der Partei sich eingehend mit der Programmfrage beschäftigen können.

Witten. Aufstellung spezieller Forderungen zur Durchführung der Sozialisierung des Bodens.

Bremerhaven. Es wird erwartet, daß der Parteitag neben einer Kommission für den Entwurf eines neuen Parteiprogramms eine Anzahl von Kommissionen einsetzt, die Richtlinien aufstellen für die gegenwärtige sozialdemokratische Kommunalpolitik, Siedlungspolitik, Schulpolitik und andere Gebiete.

Frankfurt. Es wird die Schaffung eines den veränderten Verhältnissen entsprechenden Agrarprogramms beantragt.

Ohmstedt. Der Parteitag möge beschließen, dem grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms folgenden Zusatz zu geben:

Das Kapital hat die Gesellschaftswirtschaft von der Einzelwirtschaft zur Genossenschaftswirtschaft entwickelt, Leohn und Pflanzkraft in ihren Dienst gestellt und damit die Rationalität auf eine so hohe Stufe gebracht, daß die Gesellschaft in der Lage ist, so viel Werte zu erzeugen, als zur Befriedigung aller Existenzbedürfnisse ihrer Glieder erforderlich sind. Wenn trotzdem die große Masse des Volkes schweren Entbehrungen ausgesetzt ist, hat das keine Ursache darin, daß die Möglichkeit besteht, daß sich einzelne Menschen in großem Umfang Existenzmittel über ihren gegenwärtigen Bedarf aneignen. Existenzmittel, die ein Mensch über seinen gegenwärtigen Bedarf besitzt, sind Privateigentum. Die Möglichkeit, Existenzmittel in Privateigentum zu verwandeln und sie damit der Gesellschaft zu entziehen, ist unbegrenzt, dagegen sind die von der Gesellschaft erzeugten Werte begrenzt. Das Privateigentum hat heute einen großen Umfang angenommen und entzieht der Gesellschaft so viel Werte, daß ihre nicht so viel leisten, um die dringendsten Bedürfnisse vieler Menschen zu befriedigen. Die Befriedigung notwendiger Existenzbedürfnisse bedeutet für den Menschen den Untergang. Somit erzeugt das Privateigentum die Unsicherheit der Existenz und damit das Streben nach Privateigentum. Privateigentum hat die Unsicherheit der Existenz, die wieder das Privateigentum zur Folge hat. Dadurch, daß ein Mensch nach Privateigentum strebt, macht er die Existenz aller Menschen unsicher und zwingt diese gleichfalls, nach Privateigentum zu streben. Einer zwingt alle, und alle zwingen

den einzelnen. So entsteht eine überzweimenschliche Macht, der sich kein Mensch entziehen kann, der Kapitalismus. Dadurch, daß sich jeder Mensch in jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich von dem Streben nach Privateigentum leiten läßt, gestaltet der Kapitalismus die Formen der Gesellschaftswirtschaft und bewirkt, daß diese für die Gesellschaft oft schädliche, widerförmige Formen annehmen, die die ganze Gesellschaft gefährden können. Deshalb erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Beseitigung des Kapitalismus, und an dessen Stelle den Sozialismus, das Streben des Menschen in möglichst kurzer Zeit, mit einem möglichst geringen Aufwand von Arbeitskraft so viel Werte zu erzeugen, als zur Befriedigung seiner Existenzbedürfnisse erforderlich sind.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf Privateigentum, das heißt auf die bestehende Möglichkeit und Notwendigkeit für den Menschen, Existenzmittel über seinen gegenwärtigen Bedarf zu besitzen. Grundlage des Privateigentums ist die besttragende Eigenschaft des Geldes, seine Ursache, die Unsicherheit der Existenz des Menschen.

Deshalb erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Die absolute Sicherung der Existenz des Arbeiters durch den Staat.

2. Eine laufende Entwertung des Geldes.

Für die absolute Sicherung der Existenz des Arbeiters ist erforderlich:

1. Die Umwandlung des Geldlohns in einen konstanten Wertlohn durch Gesetz, das bestimmt, daß in allen größeren Orten Kommissionen gebildet werden, welche laufend die Lebensmittelpreise am Orte feststellen und an der Hand dieser Feststellungen in kurzen Zwischenräumen den Betrag erheben, den ein Arbeiter haben muß, um seine Existenzbedürfnisse voll und ganz zu befriedigen, und daß jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, den festgestellten Betrag seinen Arbeitern als Mindestlohn zu zahlen.

2. Ein Vollstufungsgesetz, das allen Kranken, Invaliden, Arbeitslosen, Witwen und Waisen eine ausreichende, dem Wohlstand ihres Wohnortes proportional angepaßte Unterstützung gewährt.

Die Durchführung dieser Gesetze bedeutet eine dauernde Steigerung der Löhne und infolgedessen aller Preise, die gleichbedeutend ist mit einer laufenden Entwertung des Geldes.

Rehburg. Da die so notwendige Enteignung des Großgrundbesitzes und Überführung desselben in Gemeineigentum bisher in keiner Weise in Angriff genommen ist, auch das Siedlungsgesetz (obwohl wir die Schwierigkeiten der Beschaffung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden Maschinen usw. nicht verlernen) nicht in dem Maße zur Durchführung gelangt, wie es im Interesse unserer ländlichen Volksgenossen gefordert werden muß (hat doch zum Beispiel die Aufteilung von 400 Morgen Land des Gutes Altenhof bei Schwanau durch Begünstigung der Bauern dazu geführt, daß acht zumeist am Orte geborene Arbeiterfamilien Vorkaufsrecht verfallen ließen, so daß statt einer Verbedelung eine Entbedelung stattfand, weil die Erb- und Gutsbesitzer sich nicht entschließen konnten, die Arbeiter abzulehnen), beantragen wir, auf die Tagesordnung des Deutschen Parteitages die Agrar- und Siedlungsfrage zu setzen und fordern vom Parteitag, daß er mit allem Nachdruck die sofortige Inangriffnahme der Enteignung des Großgrundbesitzes und eine großzügige Siedlung unter Ausschaltung privatkapitalistischer arbeitender Institutionen mit aller Macht durchzuführen beauftragt. Gerade das Vergehen dieser berechtigten Forderung verursacht mit Recht den größten Mitleid für die Aufnahme der radikalsten unabhängigen und kommunalistischen Parteien, dadurch aber eine wirkliche Sozialisierung auf dem Boden der Demokratie gefährdet.

Witten. Der Parteitag beschließt für die nächste Arbeit ein Aktionsprogramm, das sich auspricht für rücksichtslosen, Massenkampf zur Erzwingung sofortiger Sozialisierung der großen Betriebe in Industrie und Landwirtschaft, für eine sozialistische Regierung und gegen jede Koalition mit dem Bürgergertum, wenn nicht auch eine Beteiligung der übrigen sozialistischen Parteien erfolgt.

Münster. Der Parteitag möge beschließen: Die zur Revision des Erfurter Programms einzusetzende Kommission ist zu beauftragen, die Grundzüge der Sozialdemokratischen Partei in einer wissenschaftlichen Begründung unabhängig von dem besonders aufzustellenden Aktionsprogramm niederzulegen.

Begründung: Die Aktionsfähigkeit der Partei nach außen, bei Wahlkämpfen, Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen usw. konnte dadurch ganz wesentlich gewinnen, indem es nicht langwieriger Beratungen (Einberufung mehrerer Parteitage usw.) bedarf, eine Änderung der aufgestellten Forderungen im Aktionsprogramm vorzunehmen. Auch können durch die Entwicklung überholte Forderungen leicht fallen gelassen, sowie neue Forderungen aufgestellt werden, was nicht möglich ist, wenn beide Teile organisch zu einem Ganzen verbunden sind.

Bei Wahlkämpfen wird unteren in der Agitation tätigen Genossen die Stagnation unseres Programms immer und immer wieder vorgehalten und können diese dann nicht mit für die Partei einheitlich aufgestellten, nur die Verhältnisse der gegebenen Zeitumstände berücksichtigenden Forderungen dieser Kampfesweise wirksam begegnen.

Münster. Es ist eine Kommission einzusetzen, welche die Aufgabe hat, fortlaufend die allgemeinen Wirtschaftspragen, vorwiegend Sozialisierungs-, Agrar-, Wohnungs- und Siedlungsfragen, eingehend zu prüfen, den Forderungen der Parlamente zur Schaffung einschlägiger Gesetzesentwürfe Anregungen zu geben und dem nächstjährigen Parteitags Vorschläge bezüglich der Aufnahme entsprechender Punkte in das Parteiprogramm zu machen.

Witten. Der Parteitag beschließt: Die Partei hat, auch mit den stärksten ihr zu Gebote stehenden Mitteln, eine schnelle Durchführung der Sozialisierung der Landwirtschaft herbeizuführen. Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, daß das deutsche Volk nicht eher wieder zur Ruhe und zum Wohlstand gelangen kann, bevor es nicht gelungen ist, die Erträge der deutschen Landwirtschaft auf die denkbar höchste Höhe zu bringen. Die Steigerung der Erträge auf das notwendige Maß kann nur geschehen durch die vollkommene Sozialisierung der Landwirtschaft, durch die an Stelle der heutigen zerfahrenen Erzeugung eine rationelle auf den Großbetrieb und großzügiger wissenschaftlicher Erfahrung aufgebaute Produktion tritt.

Der Parteitag verwirft deshalb die Bestrebungen der Siedlungspolitik, durch die die landwirtschaftliche Erzeugung in zahllose Zwergbetriebe zerlegt wird. Er ist der Auffassung, daß nie und nimmer solche Zwergbetriebe imstande sind, die Produktion zu heben, die Ernährung des deutschen Volkes und die Existenz der Kleinrentner zu sichern. Das kann nur der vollkommen mit den besten Maschinen ausgestattete sozialisierte Großbetrieb.

Darum fordert der Parteitag die Schaffung eines vollständigen sozialistischen Agrarprogramms, das zur endgültigen Beschaffung dem nächsten Parteitags vorzulegen ist.

Als Grundforderungen der Gegenwart stellt er heute schon auf: sofortige Einführung weitgehender gesellschaftlicher Bewirtschaftung der großen Ländereien, die dem Reich und den Ländern gehören, wie Truppenübungsplätze, Domänen und Staatsgüter. Das Recht, Grundstücke als Eigentum zu erwerben, beschränkt nur das Reich, Staat und Kommunalverbände, um dem Verkauf der heutigen ländlichen Bevölkerung durch das Großkapital vorzubeugen. Schnelle Einführung eines Erbschaftsteuern zugunsten des Reiches, das den beweglichen und unbeweglichen Besitz, soweit er der Warenerzeugung dient, in absehbarer Zeit Gemeineigentum werden läßt.

Forderung eines Gesetzes zur sofortigen Enteignung der landwirtschaftlichen Betriebe, die durch Vernachlässigung und Raubbau die Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes in Frage stellen.

Zusammenschluß der ländlichen Gemeinden zu Wirtschaftsgenossenschaften durch Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens, das An- und Verkauf aller Bedarfsgegenstände regelt.

Der Parteitag verpflichtet die Genossen allerorts, die Ausführungsarbeit dieser Ideen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben und ruft das deutsche Volk auf, die Vertreter in die Parlamente zu entsenden, um die Macht zu schaffen, die notwendig ist, recht bald die Enteignung des großen Grund und Bodens und Umwandlung desselben in Gemeineigentum zu erreichen, um dadurch Deutschland vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten und von nagendem Hunger zu befreien.

Witten. Die Genossen in den Landesversammlungen ersucht der Parteitag, darauf zu dringen, daß so bald wie möglich die Gutsbezirke in Gemeindebezirke umgewandelt werden, damit den Genossen endlich Gelegenheit gegeben wird, in der Vertretung mitzuarbeiten.

Stade. Es wird beantragt: Der Parteitag möge Stellung nehmen zum Reichs-Siedlungsgesetz in Verbindung mit den Grundprinzipien unserer Partei.

München. Die Stellungnahme der Partei zur Sozialisierungsfrage soll auf dem Parteitag klar und unabweisbar festgelegt werden.

Münster. Dem einschlägigen Satz des Parteiprogramms möge folgende Fassung gegeben werden: Religion ist Privatangelegenheit. Die religiöse Überzeugung des einzelnen genießt innerhalb der Partei volle Freiheit und Achtung.

Frankfurt. Die Unterbezirkskonferenz Frankfurt-Reichenbach beantragt, im neuen Parteiprogramm Stellung zur Siedlungsfrage zu nehmen.

Die Unterbezirkskonferenz wünscht, daß die Partei die Agrarbestrebungen nach besten Kräften fördert.

Bezirksverband Franken. Der Parteitag soll sich mit der Agrarfrage befassen und eine Kommission einsetzen, die ein Agrarprogramm ausarbeitet.

Neustadt. Wir ersuchen den Parteivorstand, der Ausarbeitung eines Kleinbauern- und Kleinhandwerkerprogramms nähere Schritte zu wolle.

Welch ein Herbst!

Skizze von Alwin Rudolph.

Sonne, lachende Septembersonne liegt über der großen Erntefläche im Park. Mühsam hat sich die Sonne erst durch die Nebel Bahn brechen müssen. Doch jetzt ist ihr Sieg entschieden. Woher unter den hohen Bäumen, die in vier Reihen den Platz umrahmen, ist es ganz hell. Nur in der Ferne weht noch ein laiser Dunstschleier.

Dunkel ist das Bild des Parkes zu Herbstzeit. Zwischen dem noch grünen Laub sieht man in den verschiedensten Schattierungen die schon gelben, roten und braunen Blätter. Der Wind weht immer neu von ihnen herab und macht den Weg zu einem bunten Teppich. Von den vergilbten Ahornblättern aber jedes einzelne mit seinen schwarzen Punkten ein besonders Bild. Und auf dieses bunte Laub zeichnet die Sonne seine runde und glitzernde Krönchen.

Die Mittagszeit ist vorüber und der Park belebt sich. Die Besucher sehen sich auf die Bänke, rings um den Spielplatz, Scher und schleppend kommt ein Arbeiter den Weg entlang. Er trägt ein Bündel auf dem Kopf, das er auf einen Bank fallen lassen hat. „Guten Tag auch“, sagt er zum Nachbar.

Es ist ein großer und starker Mensch und noch in den besten Jahren. „Schlecht erndet er, hat wenig Zeit auf seinen langen Knochen sitzen. Klugmütig sieht er vor sich hin, streng und hart sieht er da, als wolle er das Schicksal mit den Fäusten packen.“

„Wischen ausruhen“, sagte er wieder. „Er sieht nicht die Schönheit der Natur um sich her. Er sieht nicht den lachenden Sonnenschein und nicht das farbige Bild des Herbstes.“

„Das ist ein barbarisch Stück Zeug zur Stadt. Alle Tage so drei Stunden und dann wieder zurück.“

Schmerzhaft kommen die Worte heraus. Aber er muß es sagen können. Er muß es mitreißend sagen. Das erste ist: „Wohin und wohin, ganz kaputt wird man. Aber was will man machen? Draußen ist nichts zu finden. Nun läuft man in der Stadt herum. Und da ist auch nichts. 's ist keine Arbeit aufzutreiben.“

Nur und abgebrochen kommt es aus seinem Munde. „Weiß nicht, was das ist. Sind nun schon acht Wochen, daß ich nichts habe. Gar nichts aufzutreiben. Ist mir mein ganzes Leben noch nicht passiert, so lange keine Arbeit zu haben. Lauf doch den ganzen Tag und kriegt nichts. Wollte noch sagen, wenn ich mir keine Mühe geben wollte. Aber so?“

Er kreuzt sich immer mehr mit seinen Neben. „Ist mir noch nie passiert, so lange zu feiern. Weiß nicht, hab immer bad wieder Arbeit gekriegt. Und jetzt sind es schon acht Wochen. Man wird ganz mißgestimmt. Man traut sich gar nichts mehr zu unternehmen. Und die Frau zu Hause denkt schließlich ganz was anders. Ihre erste Frage ist bloß, wenn ich komme: „Hast du Arbeit?“ „Nein.“ „No, und dann sind wir fertig. Sie glaubt das gar nicht, wenn ich ihr das alles so schillere.“

Der Arbeiter achtet kaum auf seine Umgebung. In Gedanken vor sich hinstehend sieht er da. Wenn sich aber zu viel in ihm angesammelt hat, wenn es ihm zu drückend wird, muß er es von sich geben. Das erleidet, es würgt nicht so.

„Ja ja, es ist auch keine Kleinigkeit, vier Kinder zu Hause. Die wollen satt gemacht sein. Da reicht ein Brot grad einmal runter.“

Er macht eine Pause. „Ich bin Drechsler von Beruf, aber ich nehme, was ich kriegen kann. Ja, da kommt ich heut auf eine Stelle, da war ich zu alt. Was sagen Sie dazu? Sehn Sie, 43 Jahre bin ich und schon zu alt. Ist doch sozusagen noch das beste Alter.“

Er ist auch wirklich ein ganz rüstiger Mensch. Nur schlecht aussehend. Aber ordentlich und sauber gekleidet. Und schon zu alt. Er schweigt und starrt vor sich hin. Pflötzlich gibt er sich einen Ruck.

„Haben Sie nicht 'n bißchen was übrig behalten, so zu essen? Bin schon den ganzen Tag unterwegs. So sol' ich blicke bloß. Manchmal behält man doch so was übrig. Man kriegt so Hunger im Leibe.“

„Nein, nein. Das nicht, das... Nein! Ich dachte bloß, weil man so Hunger hat. Manchmal bleibt doch was, wenn man so nicht alles aufißt.“

Er steht auf und macht fleißig ein paar Schritte. „Na, woll'n man wieder weiter. Ganz steif wird man, wenn man nach so langem Laufen 'ne Weile stehen hat. Na, adieu auch.“

Er geht, so schnell er kann, und bald ist er hinter den Bäumen verschwinden.

Das Spielplatz her hört ein Gewirr von Ausrufen des Spiels und der Freude. Klar schaut die Septembersonne auf das prächtige Herbstbild des Parkes. Welch ein Herbst!

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Der „Badische Dichterbund“ wurde hinsichtlich der Qualität und Quantität sowohl des Geleisteten wie des Geleisteten.

juch zu einem schönen Erfolg. Das Landestheater hatte außer dem Orchester auch Künstler vom Solo- und Chorpersonal zu musikalischen Darbietungen aufgebieten, denen Mitglieder des Schauspielensembles in edlem Wettstreit ergänzend zur Seite traten. Eine stimmungsvolle Dekoration in Rell war auf der Bühne errichtet. Den geistigen Mittelpunkt der Veranstaltung bildete der Vortrag des Herrn Stadtpfarrer Sesselfache über „Neuere badische Dichter“. Hesselbacher, selbst einer der prominentesten Repräsentanten des badischen Schrifttums, hat gestützt auf seine eingehende Kenntnis der Materie in ausgezeichneter Weise verhandelt, das Wirten und Wollen unserer heimischen Literaten unserem Herzen näher zu bringen. Er gab nicht bloß kalte literarische Werturteile wie ein Außenstehender, sondern spürte dem Gedanken- und Empfindungsleben der Schriftsteller feinsinnig nach und legte es vor unsern Augen bloß. Otto Frommel, Heinrich Bierordt und Hermine Billinger machten als anerkannte Altmeister den Anfang. Ausgezeichnete Analysen an der Hand ihrer Werke lieferte er von Albert Geiger, Adolf Schmittknecht, Emil Gödt, Hermann Wirts und Alfred Komber. Hans Jakob, Hermann Dejer und Hans Thoma wurden nicht vergessen und somit die bedeutendsten der neueren badischen Leute von der Feder erwähnt. Wir genügen lediglich einer durch Sachlichkeit gelohenen Pflicht, wenn wir feststellen, daß Hesselbacher selbst, der sich nicht nur durch seine vollständigen Schriften, sondern auch durch sein selbstloses Wirken um die Arbeiterchaft verdient gemacht hat, des genannten Namen anzureihen ist. Herr Hesselbacher hat sich seine Aufgabe nicht leicht gemacht. Entsprechend dem Goethe'schen Wort daß es schwerer ist, geistreich zu loben als geistreich zu tadeln, hat er sich mehr auf die Hervorhebung der Lichtseiten unseres Schrifttums und ihrer Vertreter verlegt, ohne dabei jedoch weder hinsichtlich der letzteren noch der Bedeutung des badischen Schrifttums überhaupt in einseitige Übertreibung oder superlativistische Lobhudelei zu verfallen. Dem Hesselbacher gaben kurze Andeutungen zu verstehen, daß der Redner da und dort seine Reservationen machte. Der fünfviertelstündigen, tiefstehenden Darstellung wurde warmer Applaus zu Teil. In dem gesanglichen und rezitatorischen Darbietungen waren die Herren Blum, Herz, Kienfischer und Ed. Herdendorfer beteiligt; von ihnen zeigte namentlich der erstere Herr als muster-gültiger, plastischer Erzähler eine neue Seite seines Könnens. Von den Damen hatte sich die leider so früh aus dem Theaterverband geschiedene, nunmehrige Frau Hedwig Holm, des ferneren Käthe Dell und Marie Frauen-dorfer zur Verfügung gestellt; sie dürfen in gleicher Weise wie die übrigen Mitwirkenden an dem für das gute Gelingen des Abends vom Publikum überreichlich gespendeten Beifall sich beteiligen.

Das Karlsruher Preisprüfungsamt gegen die badische Regierung

Aus dem Ministerium des Innern wird uns geschrieben: Durch die Presse Badens ging dieser Tage eine angeblich vom Preisprüfungsamt stammende Notiz gegen die badische Regierung, weil diese verhindere, gegen Wucher- und Schieber- tum einen entsprechend scharfen Kampf zu führen. Wie man uns mitteilt, ist die Verwaltung der Stadt Karlsruhe für diesen Angriff nicht verantwortlich zu machen. Zwei der U. S. P. angehörende Herren (1 Jurist und 1 Stadtrat) versuchen seit einigen Wochen den Preisprüfungsämtern Vollmachten zu verschaffen, die denselben beim besten Willen nicht eingeräumt werden können. In juristischer Beziehung ist hierüber bereits in einer Notiz an die Karlsruher Zeitung das Nähere gesagt; für heute sei an dieser Stelle nur auf den Hintergrund dieses Vorgehens hingewiesen. Genau wie vor wenigen Wochen in dem Kampf um den Preisabbau ein Teil der Arbeiterschaft durch eine ungewöhnliche „Aufklärung“ der Arbeiterschaft irre geleitet worden ist, soll dies nun wohl auch jetzt wieder bei den Fragen der Preisgestaltung für Fleisch und Kartoffeln geschehen. In dem Angriffsartikel gegen die Regierung wird die durch nichts erwiesene Behauptung aufgestellt, die diesjährige Ernte dürfe als verloren gelten, sie sei gänzlich in der Gewalt des wuchernden Bauern- und Händlerturns. Was soll damit gesagt werden, die Ernte sei in der Gewalt der Landwirtschaft? Natürlich ist sie es! Der Landwirt hat an die öffentlichen Organe lediglich noch Getreide und Milch abzuführen, die übrigen von ihm erzeugten Produkte kann er in den freien Verkehr geben, so wie es in der Presse und in Versammlungen auch von Verbraucherorganisationen verlangt worden ist. Zur Erlassung von Ausführungsverordnungen hat die badische Regierung gar keine gesetzlichen Möglichkeiten; die Zuständigkeit hierfür steht der Reichsregierung zu.

Die leitenden Personen der Karlsruher Preisprüfungsstelle bringen auch den Mut auf zu der Behauptung, die badische Regierung habe eine von der badischen Eisenbahnverwaltung eingeführte Maßnahme, den Versand von Obst von einem Erlaubnisbüro abhängig zu machen, wieder aufgehoben. Der Regierung ist es nicht eingefallen, ein solches Verbot aufzuheben. Sie hat nur, als die Eisenbahndirektion Karlsruhe einer Anweisung der Karlsruher Preisprüfungsstelle folgend, den Obstversand der Kontrolle des Preisprüfungsamtes zu unterstellen, der Eisenbahndirektion mitgeteilt, daß sie sich Schwierigkeiten und Schadensersatzklagen damit ausliehe, weil der Handel, gestützt auf die Reichsbeschlüsse, nicht gefallen lassen brauche. Schadensersatzklagen dieser Art hat im vorigen Jahre selbst der badische Fiskus sich gefallen lassen müssen. Bei der Fleischversorgung soll die Regierung die gegen den wilden Viehhandel getroffene Maßnahme wieder aufgehoben haben. Welche Maßnahmen? Solche, die von wild zusammengekauften Kommissionen besonders überfrühter Personen in- auguriert wurden! Maßnahmen, die lediglich einem Kantöschengeist entsprangen und rein bezüchteter Interessenspolitik Rechnung tragen sollten. Die verschiedenen gegen denartige „Selbsthilfemaßnahmen“ anhängigen Schadensersatzklagen bringen wohl für manchen noch die erforderliche Ernüchterung und den Hinweis dafür, daß man nicht ungefragt so etwas wie eine Nebenverwaltung etablieren darf.

Im übrigen wird die weitere Aktion der Artikelschreiber vom Preisprüfungsamt bald zeigen, daß der Vorstoß politischen Erwägungen entspringt und mit dem Ziele, die immer noch bestehenden Schwierigkeiten in der Ernährung gegen die Regierung auszunutzen. Einmal muß sich die Regierung den Vorwurf gefallen lassen, sie sei Gegnerin der Zentralverwaltung des Reiches, wolle Kantöschenspolitik treiben und dann wieder kommt aus demselben Munde der Vorwurf, man lasse den Verkauf von Kartoffeln, von Fleisch, Obst und anderen Dingen nach anderen Gesichtspunkten des Reiches zu, wodurch die Ernährungspläne des Reiches immer noch verschlechtert werden. Die gedankenanmen Kritiker wissen scheinbar nicht, daß das badische Volk weder in der Getreide-, noch in der Kartoffel-, noch in der Fleischversorgung bei freier Wirtschaft mit der eigenen Landesproduktion existieren kann. Wollte die preußische Bevölkerung sich gegenüber den Badenern ähnlich verhalten, wie die Leiter der Karlsruher Preisprüfungsstelle gegenüber der preußischen Bevölkerung, dann könnte das badische Volk bald in Massen einem Hungertod entzugesehen.

Der Fall Klump und die deutschnationalen Sekereien

Man schreibt uns: Weil der frühere Kreissekretär Heinrich Klump seit zwei Monaten im Verwaltungsamt als Assistent mit Registraturarbeiten beschäftigt wird, nimmt dies die berüchtigte „Süddeutsche Zeitung“ (Nr. 232, 23. Sept.) zum Anlaß, um in einem längeren Artikel dagegen loszugehen, „daß dieser Mann, der bei der November-Revolution in das großherzogliche Palais eingedrungen sei und den Großherzog unfähig beschimpft habe“, in staatlichen Diensten verbleiben werde.

Es ist nicht das erste Mal, daß die „Süddeutsche“ gegen Klump vom Leder zieht und ihn tolllos zu machen sucht; es liegt System in der Sache. Wir wollen Klumps damaligen unüberlegten und brüchigen Streich keinesfalls in Schutz nehmen; aber soll er deswegen zeitlichens hüben und soll es ihm für immer unmöglich gemacht werden, auf rechtliche Weise sich und seine Familie zu ernähren? Auf diesen Standpunkt müssen sich deutschnationalen Fanatiker stellen, keineswegs werden ihn aber objektiv denkende Menschen einnehmen. Denn Klump hat sich, wo immer man ihn auch nach der Beendigung des Krieges hinstellte, gut bewährt und seinen Mann gestellt. Als er bei der Volkswehr und später bei der Sicherheitspolizei tätig war, hat er sich das uneingeschränkte Vertrauen seiner Kameraden und auch seiner Vorgesetzten erworben. Schon vom April 1919, als die ersten Angriffe der „Süddeutschen“ einsetzten, liegt eine Erklärung des Kommandanten Rapp von der Volkswehr vor, in welcher es u. a. heißt:

„In der Person des Kollegen Klump hat nicht allein das Kommando eine uneigennützigere Kraft, sondern wir alle auch einen Mann von treuer Pflichterfüllung erhalten, dem alle Herzen der Volkswehr angetan sind.“

Als Klump dann im Juni 1920 aus der Bad. Sicherheitspolizei, Abteilung III in Karlsruhe ausschied, erhielt er vom Hauptführer Köhler ein Zeugnis, in welchem sich die folgenden Stellen finden:

„Klump ist ein äußerst pünktlicher und gewissenhafter Büroarbeiter; er hat seine Arbeiten in musterwürdiger Weise erledigt und sich in jeder Beziehung, auch außerhalb des Dienstes, sehr gut geführt. Das gute Einverständnis mit den jeweiligen Vorgesetzten, das offene und einwandfreie Benehmen den gesamten Mannschaften gegenüber sichern Herrn Klump bleibende Anerkennung.“

Und erst in diesen Tagen hat der Reichsbund der Kriegsbefähigten und Kriegsteilnehmer gemeldet, daß der Sekretär Klump mit 403 Stimmen zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Karlsruhe gewählt worden ist. Immerhin Beweis dafür, daß man es in Klump nicht mit einem Heberlischen, unfähigen und unbrauchbaren Menschen zu tun hat.

Was aber dem Fall Klump nach der Betrachtung der Süddeutschen den Stempel aufdrückt, ist der Umstand, daß Klump auch glänzende Zeugnisse von militärischen Befehlshabern der „Süddeutschen Zeitung“ aufzuweisen hat. Er

war während des Krieges als Obermatrosenartillerist und Geschützführer eingesetzt. Da bewährte er sich anscheinend ausgezeichnet. Denn in einem Dienstzeugnis des Kommandos des Minen- und Sperwesens, unterzeichnet: von Heibel, Kapitän zur See, heißt es:

„Klump hat sich durch sein ruhiges und sicheres Auftreten, durch großen Fleiß und militärische Pünktlichkeit nicht allein die Achtung und das uneingeschränkte Vertrauen seiner jeweiligen Vorgesetzten, sondern auch allgemeine Achtung und Verehrung bei seinen Kameraden erworben. Klump hat sich in jeder Beziehung gut geführt und keinerlei Disziplinär- noch gerichtliche Strafen erlitten.“

Was sagt dazu die „Süddeutsche“? Sie wird doch den Kapitän von Heibel nicht tadeln können! Weiter hat dem Klump der Bevollmächtigte Reinger des Admiralsstabs der Marine für Preisenangelegenheiten beim Marinestabs in einem Zeugnis bestätigt:

„Klump hat seinen Dienst gewissenhaft versehen. Saboten sind ihm nicht vorgekommen. Insgesamt wurden von Klump 16 Preisenämter mit einem Gesamt-Tonnengehalt von 63 000 Tonnen begütert. Klump eignet sich mit guter Qualifikation zum Vortrugen und bleibt dessen Verwendung im Gebrauchsfall vorbehalten.“

Zudem hat Klump noch am 22. September 1918 vom Kommando Detachment Brügge das Eisenerz Kreuz 2. Klasse erhalten.

Es ist somit wahrlich nicht unsere Geflohenheit, die persönliche Vereinerung eines Angehörigen so pronominiert in den Vordergrund zu rücken, wie dies im vorliegenden Falle geschieht, allein die dreiste Art der deutschnationalen und ihrer Presse zwingt uns dazu. Wir meinen, wenn ein Mann sonst bewandert ist und sich an vielen Stellen bewährt hat, wie dies Heinrich Klump nachweisen kann, soll man ihn seines Weges ziehen lassen und nicht ständig Verleumdungen, ihn aus Lohn und Brot zu bringen. Hat er einmal einen dummen Streich gemacht, das wird er wahrlich nicht der Einzige sein, dem das passiert ist. Wenn man die Personalakten aller Anhänger der deutschnationalen durchgehen wollte, könnte man vielleicht auch manches tündige Schaf entdecken. Die Herrschaften von der „Süddeutschen“ mögen sich also nicht gar so weit vortragen. Ihr Schuldbonus am Weltkrieg ist an sich noch so groß, daß sie alle Veranlassung hätten, hübsch still zu sein. Tun sie es nicht, werden wir bei geeigneter Gelegenheit zur Gegenseite schreiben und gewisse Vorkehrungen nach der Revolution, welche ein solches Recht auf manche Verleumdungen der Anhänger des Monarchentums werfen, der breiten Öffentlichkeit nicht vorenthalten.

Landzuweisung und Landverteilung in Baden

Dieser Lage sprach eine Abordnung des Bauernverbandes Westheim beim Arbeitsministerium — und wegen Landzuweisung aus Grund — Landesverteilung — und kirchlichen Grundbesitzes an landarme Gemeinden. Die Verhandlungen fanden im Geiste gegenseitiger Verständigung statt. Arbeitsminister Brüderl gab die Grundzüge der bereits am 2. Februar d. J. dem Parlament vorgelegten Ausführungsbestimmungen über Landzuweisung und Landverteilung in Baden bekannt und stellt die wertvolle Unterstützung der Regierung in diesen Aufgaben in Aussicht, sobald die Verordnung in Vollzug gesetzt sei. Es ist zu hoffen, daß auf diese Weise landlose und landarme Bevölkerungselemente, die in gewerblichen und industriellen Erwerbszweigen keine oder keine ergänzende Lohnmöglichkeit mehr finden, zu ausreichender Erwerbsmöglichkeit auf der Scholle gelangen.

Aus dem Lande

Friedrichstal bei Karlsruhe, 27. Sept. Die Auftragsarbeiten der durch den Eisenbahnunfall hervorgerufenen Streckensperrung konnten erst am Freitag zu Ende geführt werden, worauf dann die Strecke auch für den Schnellzugverkehr wieder freigegeben wurde.

Aus Reutheheim schreibt man uns: Wie fast überall, so sind auch in unserem Orte die meisten Landwirte von unbeschreiblicher Profit- und Geldgier besessen. Oft hört man zwar von ihnen die Worte: „Das Geld hat ja doch seinen Wert!“ und doch kriegen sie nicht genug davon. Ist es schon empörend, daß die Landwirte ihr Vieh, den Zentner Lebensgewicht zu 750 M. verkaufen. Aber noch nicht genug. Einer, der das Glück hat, zu den Reichtümern zu zählen, verlangte gar 820 M. für den Zentner Lebensgewicht. Butter ist nicht unter 25 M. zu bekommen und da muß man noch herzlich froh sein. Meistens wird man noch abgefertigt mit Nebensachen: „Wir haben keine! Oder: Wir müssen die Milch der Sau füttern und können keine Butter mehr machen“, oder: „Das könnt Ihr nicht bezahlen!“ usw. Es ist eine beschämende Tatsache, daß es einem Arbeiter auf dem Lande bald noch schlechter geht wie in der Stadt. Aber auch an die fleißigen Landwirte ist die Rechnung gerichtet: Überspannt den Wagen nicht! Sonst wird die Heil halbe kommen, wo auch dem ruhigsten Arbeiter die Gehuld ausgeht. Ihr könnt ungefragt so die Verhältnisse nicht weiter treiben!

Freiburg, 27. Sept. Am helllichten Tage wurde ein Konfessionslose auf einer Bank 14 000 M. erhoben hatte, von zwei Männern in Uniform, welche versuchten, dem Geprüften die Bredouille mit dem Geld zu entreißen. Auf die Stufen des jungen Mannes flüchteten die Räuber.

Ottensheim (Am Rhein), 25. Sept. Liebesdrama. Welken nachmittags hat sich auf dem entlegenen Höhenweg in Diersbrunn ein Drama abgepielt. Ein gutgekleideter, in den 30er Jahren stehender Mann, wie man hört, ein Druckschreiber namens Wötter, hat eine in seiner Begleitung befindliche Dame, namens Frieda W., gebürtig von Spandau, durch zwei Revolvergeschosse schwer verletzt und sich dann selbst getötet. Die Schwerkranke, die eine Wundärztin sein soll, ist nach ihrer Einlieferung ins Bezirkskrankenhaus in Freudenstadt ihren Wunden erlegen.

Badenweiler, 27. Sept. Der Fleisbergbau ist hier durch die Gewerkschaft „Gildau Schornstein“ in beschränktem Umfang wieder aufgenommen worden. Damit beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte des Badenweiler Bergbaues, dessen letzte Wiederaufnahme in den 90er Jahren durch Mangel an Kapital und die dem Fleisbergbau ungünstigen Verhältnisse eingestellt werden mußte. Für den Quellenabbau der Badenweiler Quellen ist jede Rücksicht vorgelesen.

Vom Weinhandel

Aus Kreizen des Weinhandels schreibt man uns: Vor kurzem ging eine Notiz durch die hiesigen Zeitungen, daß am Reichstisch der Herbst seinen Anfang genommen habe und die Kaufkraft eine rege sei. Es würden ohne weiteres 17—20 000 M. pro Dm. verlangt und bezahlt. Auf Grund an Ort und Stelle eingeholter Informationen kann ich Ihnen mitteilen, daß letzteres nicht zutrifft. Verlangt werden allerdings solche jeder Vorstellung spottenden Quantitäten, aber nicht bezahlt. Der Weinhandel hält sich bei diesen Wucherpreisen zurück, ebenfalls warnen die Verbraucherorganisationen in ihren Rundschreiben vor großem Einkauf. Es wird wohl hier und da von Wirten gekauft, doch nur das Notwendige.

Mit dieser Zurückhaltung soll bewirkt werden, daß die Bauern ihre Wucherabgaben fallen lassen und es wäre sehr zu wünschen, wenn der gesamte Weinhandel diesem Beispiele folgen würde. Alle Weine werden zurzeit vom leistungsfähigen Weinhandel fast zu denselben Preisen veräußert, wie die neuen noch unferrierten.

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 27. September.

Die Kartoffelnot

In hiesiger Stadt nimmt von Tag zu Tag bedenklichere Formen an. In langen Kolonnen sieht man bereits jeden Tag die Käuferinnen vor verschiedenen Verkaufsgeschäften stehen, um ein paar Pfündchen Kartoffeln zu ergattern oder, was das schlimmste ist, noch schließlich leer auszugehen. Auf den Märkten spielen sich im Kampf um die so notwendigen Kartoffeln oft erregte Szenen ab. Trotzdem also — oder gerade deswegen — die Kartoffelnot sich aufgehoben und an ihre Stelle das Wunderkind „freie Wirtschaft“ eingesetzt worden ist, sind diese Mißstände zu konstatieren. Es kommen einfach nicht genügend Kartoffeln in die Stadt heraus, um, weil eine gewisse Sorte von Landwirten darauf spekuliert, daß bei nicht genügender Belieferung der Städte die Verbraucher selber auf das Land kommen, die Kartoffeln selbst holen und natürlich in ihrer Not die höchsten Preise bezahlen. Zur Zeit der Zwangswirtschaft erklärte ein großer Teil der Landwirte, sie ließen nichts ab, weil der verdammte Kommunismus über die Hand im Spiele habe. Wir schreiben schon damals, daß dieser Einwand glatter Schwindel und die wahre Ursache in dem Streben nach recht hohen Preisen zu suchen ist. Wie recht wir hatten, beweist die Kartoffelmisere in diesem Jahre, wo der Kommunismusband nichts mehr zu sagen hat und die Kartoffelnot in den Städten eine noch schmerzlichere ist wie in den vorhergehenden Jahren. Ob die arbeitende Stadtbevölkerung — denn diese trifft es insbesondere — Kartoffeln zu essen hat, ist wie Figuren aus einem hölzernen Teil der Bauernschaft ganz gleichgültig. Man betet deswegen doch mit frommem Augenaufschlag zum Herrgott: „Unser täglich Brot gib uns heute“ und denkt dabei mit der größten Selbstlosigkeit: die in der Stadt können zurande gehen, wenn ich nur meinen Geldbeutel voll bekomme. Auf dieses verwerfliche Tun eines Teiles der Bauern ist schon oft hingewiesen worden, vor allem auch, wie wir gerne anerkennen, von der Weisheit, aber ihre Worte wirken eben viel leichter aus selbst das Papiergeld. Ein weiterer Grund, der die Kartoffelnotung nicht begünstigt, ist das System, wie die Genehmigung zum Verkauf von Kartoffeln in der Stadt eingeholt werden muß. Wenn die Gründe, welche die Regierung zu dieser Maßnahme geführt haben, sehr beachtenswert, aber der beachtliche Zweck — und auf dessen Erreichung kommt es letzten Endes doch an — wird, wie an Beispielen gezeigt wurde, nicht erfüllt. Erstens bezahlen uns aus zugegangenen Nachrichten verschiedene konfessionslose Großhändler entgegen den Bestimmungen der Regierung übermäßig hohe Preise und zweites versucht man aus der vorhandenen Vollmacht zur Erteilung von Kartoffelbewilligungen einen Vorbehalt zu machen, der die Kartoffelnotung in Mannheim diese Vorbehalt ist an einen Karlsruher Großhändler, der dem Betreffenden die Ausübung eines solchen Scheines in Aussicht stellt, wenn er pro Zentner von dem im Wagen befindlichen Kartoffeln 150 M. erhalte. Aber trotzdem der Großhändler auch nicht einen Finger krümmt, verlangt er pro Zentner 160 M. „Provision“ oder wie man dieses Schiebergeschäft in neuer Form unter dem Zeichen des glückseligstehenden sog. freien Handels bezeichnen will. Ein solches Schiebergeschäft ist einfach ein Schandmal und ist dazu angetan, die Bevölkerung rücksichtslos auszunutzen und wirft ein sonderbares Licht auf den freien Handel. Aber so werden auch gemeinte Maßnahmen der Regierung in ihrer Ausführung durchkreuzt und die Stadtbevölkerung ist der leidtragende Teil, indem sie keine Kartoffeln erhält und wenn sie schon solche bekommt, aus ihrer Not sich einige Parasiten bereichert haben.

Sozialdemokratischer Verein

Nächsten Mittwoch, 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im kleinen Festsaal eine Hauptversammlung statt, in der Gen. Redakteur Reichmann von der „Freien Presse“ in Vorschlag einen Vortrag halten wird über: „Aktuelle und zukunftsfragen“. Angeichts der politischen bewegten Zeit ist es ein Erfordernis, daß die Genossinnen und Genossen sehr zahlreich erscheinen.

Kolbische Taktik im Vereinsmeierkü

Unter dieser „geistreichen“ Ueberschrift und dem Signum K. O. glaubt in der Stammtischnummer der „Sozialdemokrat“ ein unabhängiger-kommunistischer Bismarckhüter die Tätigkeit unseres verstorbenen Gen. Kolb herunterzuziehen zu müssen, indem er ihm in verschleierter Form Verleumdung seiner politischen Denkmäler nach außen anzuklagen versucht. Aber die Verdienste eines Wilhelm Kolb für die Arbeiterfrage und sein unerschütterliches Eintreten für das Proletariat bei allen Gelegenheiten sind denn doch zu groß und zu bekannt, als daß ein junger unabhängiger-kommunistischer Springinsfeld sie schmälern könnte. „Kritiken“ von dieser Art verraten nur zu leicht die Großmännlichkeit in solchen Kreisen, für die es besser wäre, den Geist Wilhelm Kolbs in der Praxis zu betätigen, denn dann wäre es der Reaktion nicht möglich, ihr freches Haupt zu erheben, wie sie es heute zu tun in der Lage ist.

Anlaß zu dem Geschrei gab die Melange zum Arbeitersportfest, bei der der Name „Arbeiter“ fehlte, als ein Vorkommnis, das zu erdörtet ungenügende Sache der betreffenden Vereinigung selbst ist, ohne daß in der Tagespresse ein großer Tamtam geschlagen wird. Dies weiß jeder, jeder der Schüler im Vereinsmeierkü, aber „Revolutionäre“ müssen solche Kleinigkeiten im Vergleiche mit der großen Welt funken.

* Kinderfreizeitskommission. Die Genossinnen der verschiedenen Bezirke, die Vorstellungen von Bild der von Schlußtag der Ferienposiergänge in Händen haben, werden gebeten, die Vorstellungen sofort an Genossin Frau Schwarz, Schützenstr. 10, zu übermitteln.

I. Versammlung des Sozialdem. Vereins — Bezirk Altstadt. Die am 22. Sept. in der Brauerei Schrumpl einberufene Versammlung war erfreulicherweise sehr gut besucht. Als Berichtserstatler über Kreisfreizeitreferierte Genosse Lang und Gen. Trinius behandelte in einem Vortrag „Die politische Rundschau“. Gen. Lang gab einen sehr ausführlichen Überblick über die Reichstagsarbeiten und die Stellungnahme zum deutschen Parteitag. Besonders besprach er die Resolution des Erfurter Programms, da dieses notwendig ist, indem ein großer Teil des 2. Teiles schon erfüllt und der weitere Teil ergänzt werden soll durch ein Agrarprogramm. Ferner wird der Parteitag Stellung zu nehmen haben zwischen Genf und Koln, die Diktatur oder Demokratie. Nach abgeschlossenem Bericht erfolgte eine kleine Diskussion, die sich aufstimmte dazu ansetzte. — Nach kurzer Pause begann Gen. Trinius seinen Vortrag über die politische Rundschau. Er ging von der Arbeiterkolonisation aus und glaubt auch an eine solche, in diesem Zeichen wir schon soviel sehen. Denn in der ganzen Welt geht es bei den 20-er Jahren. Neben behandelte sodann die Verhältnisse in den verschiedenen Staaten, besonders denjenigen Auslands, hieraus folgende Fragen für Deutschland sind a. B. die Erwerbsfrage, die Arbeitslosenfrage. Insbesondere muß auf unsere Aufgabe sein, den Kartoffelmischer zu beschäftigen und in dessen und Bayern die Preisfrage herunterzubringen. — Gen. Lang gab sodann eine kurze Diskussion, die sich in demselben Rahmen bewegte. Nachdem nach vier Stunden der Tag gewöhnlich wurde, schloß der Vorsitzende Punkt 11 Uhr diese sehr vertrauensvolle Versammlung mit dem Wunsche, daß die nächste noch besser besucht sein möge.

* Schieferabend. Wir verweisen auch an dieser Stelle auf den Montagabend halb 8 Uhr im Nummern-Loose, finden den Schieferabend. (Siehe Inserat.)

Advertisement for 'Neu Kleider Mantel Herren' and 'Säck' with various text and graphics.

Gasbesitz. Das städt. Nachrichtenamt schreibt uns: Von dem beim Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt gemeldeten Störungen sind viele darauf zurückzuführen, daß die Gasabnehmer an den Gasgeräten sogenannte Gasparier anbringen lassen, die den Gasverbrauch verringern sollen. Sie bestehen aus einem an einer Spiralfeder befestigten Drahtstück, das in die Luftzuführungsöffnung des Herdes eingehoben wird. Die Verkäufer dieser „Gasparier“ teilen den Gasabnehmern mitunter mit, sie können im Auftrage des Gaswerks. Letzteres hat jedoch mit dem Betrieb dieser Apparate nicht nur nichts zu tun, sondern es muß auch vor dem Ankauf und der Anbringung derselben warnen, da sie hinsichtlich der Gasersparnis völlig wertlos sind und zudem durch Förderung der Verstopfung des Gasherdes Veranlassung zu Störungen in der Benutzung geben.

Arbeiterbildungsverein. Heute Montag, den 27. Sept., abends 8 Uhr, hält prakt. Arzt Dr. Alfred Rothschild einen Vortrag (mit Experimenten): „Der Hypnotismus und seine gerichtliche und medizinische Bedeutung.“ Der Besuch ist unentgeltlich. Gäste sind willkommen.

Einzigiger Sonatabend Feischer-Schennich. Wir wollen nicht veräumen, auf den heute abend im Eintrachtsaal stattfindenden Sonatabend unseres einheimischen Konzertmeisters Josef Feischer und Herr Direktor Schennich aus Innsbruck nochmals hinzuweisen. In Anbetracht des außerordentlichen Programms möchten wir einen guten Besuch, Karten in der Musikalienhandlung Fris Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, und an der Abendkasse.

Bekanntes Konservatorium. Wie uns mitgeteilt wird, veranlaßt Direktor Post vom Post-Konservatorium gemeinsam mit seinem in diese Anstalt als Lehrer eingetretenen Bruder, den Pianisten Fris Post, am Montag, 27. Sept., abends 8 Uhr, im Saal der genannten Anstalt einen Sonatabend, in welchem Werke von Beethoven, Chopin, Liszt und Schumann, in welchem Direktor Post als ausgleichender Geiger durch seine Konzerte rühmlichst bekannt, jedoch sich ein weiterer Hinweis erübrigt. Sein Bruder tritt in Karlsruhe zum 1. Male auf, er ist ein Schüler von Professor Günding in Berlin und hat sich in Hamburg und verschiedenen anderen Städten als Pianist einen Namen gemacht. Es bestehen hiernach alle Voraussetzungen, daß der Abend für ernste Musikliebende zu einem erlebnisreichen Besuch werden wird und wir können den Künstlern nur eine entsprechende Beteiligung des Publikums wünschen. Kartenverkauf bei Kurt Neufeldt und im Sekretariat des Postkonservatoriums.

Anwendung. Anlässlich der Badischen Woche des Dispositionsfonds des Badischen Landeshefters von zwei Theaterfreunden Geschenke in Höhe von je 3000 M. zugewendet worden.

Badische Woche

Der letzte Tag der „Badischen Woche“, der gestrige Sonntag, hatte sehr unter den anhaltenden Regengüssen zu leiden, besonders was die Veranstaltungen im Freien anbelangt, die natürlich größtenteils ins Wasser fielen. Der Straßenverkehr war unter diesen Umständen ein sehr geringer. Erst am Spätnachmittag, als endlich Petrus oben „stoppen“ ließ, entwickelte sich ein sehr lebhaftes Straßenleben und insbesondere die Kaiserstraße, wo die Schaufensterdekorationen wieder recht viele Besucher fanden, war nicht überfüllt.

Weiter konnte das großzügig angelegte 1. Sportfest des Arbeitersportvereins infolge der ungenügenden Witterung nicht voll zur Ausführung kommen. Nur das Städteballspiel Pforzheim - Karlsruhe ging am Samstag nachmittag unter reger Beteiligung von Sportfreunden vor sich. Allerdings konnte man die Masse von Arbeitern, die sonst jeden Sonntag dem bürgerlichen Sport nachläuft, nicht erblicken. Zu den Spielen der eigenen Klasse gehören finden sich diese Herrschaften nicht ein, dabei schimpfen sie aber bei anderen Gelegenheiten über die bürgerliche „Belletristik“ was das Zeug hält. Das Ergebnis des sehr fairen Spiels, zu dessen gutem Gelingen beide Mannschaften ihr Teil beitrugen, ist 6:0 zugunsten der Karlsruher. Ueber das Spiel werden wir morgen näher berichten. Die anderen vorgesehnen Veranstaltungen auf dem Festplatz konnten nicht stattfinden, sie werden am nächsten Sonntag abgehalten.

Am Sonntag vormittag hielt Johann der Wasserportverein Karlsruhe, der jüngste Sport des Arbeiter-Sportvereins, sein erstes Schau-Schwimmen ab, mit dem er sich sehr vorteilhaft einführt und dem schönen, gefunden Sport gleichfalls eine große Anzahl neuer Freunde und Freundinnen erwarb. Sportler. Stenz begrüßte die Erschienenen und wies in kurzen, trefflichen Worten auf die Bedeutung des Schwimmens und der Leibesübungen für die Arbeiterschaft hin. Ein recht geschwommener Herrreizeig leitete Johann die Tätigkeit der Ausübenden ein und nun folgten in bunter Reihenfolge die verschiedensten Schwimmarten. 17 Nummern wies das Programm auf, die von Damen, Herren und Jünglingen bestritten wurden und sämtlich ein recht beifolles Haus fanden. Ganz besonderes Interesse erwarben die Zuschauer, das Kunstschwimmen, das Tellerlaufen, das Schaupringen vom 1. und 2. Meterbrett, das Damen-Schwimmen und das Rettungsschwimmen. Mit einem recht stillen Kleider-Schwimmen der Jünglinge

und einem Wasserballspiel, das mit 6:4 Toren für die weiße Partei endete, fand die gut besuchte Veranstaltung ihren Abschluß. Mit diesem ersten Auftreten bewies der Verein, daß er in der kurzen Zeit seines Bestehens es verstanden hat, sich zu recht beachtlicher Höhe emporzuarbeiten und ein wertvolles Glied in der deutschen Arbeiterbewegung bildet. Für Schwimmporttreibende der arbeitenden Bevölkerung beiderlei Geschlechts kann deshalb nur der Wasserportverein der Platz zur Ausübung ihres Sportes sein.

Das Festhallekonzert, bei dem anstelle der vorgezogenen und nun fortgezogenen Reichswehrkapelle die Musikkapelle „Garnonie“ konzertierte, hätte besser besucht sein dürfen. Die Leistungen der Kapelle fanden allseitigen Applaus, ein Zeichen, daß die Zuhörer befriedigt waren.

Letzte Nachrichten

Hilfe für die Erwerbslosen

Berlin, 26. Sept. Die aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilte, sind umfangreiche Maßnahmen im Gange, um Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen zu schaffen. Das Ministerium steht mit den anderen in Frage kommenden Reichsministerien, insbesondere mit dem Reichsverkehrsministerium schon seit längerer Zeit in Verhandlungen, weil eine große Zahl von Unternehmungen, wie Wohnbauten, Kanalsbauten usw. noch über das bisher vorgesehene Maß hinaus als Notstandsarbeiten des Reiches unverzüglich in Angriff genommen werden sollen. Diese Verhandlungen ebenso wie Verhandlungen mit dem preussischen Landwirtschaftsministerium, die zur Aufnahme umfangreicher Meliorations-Arbeiten dienen sollen, stehen vor ihrem Abschluß. Neben diesen Notstandsarbeiten laufen die zahlreichen Notstandsarbeiten der Länder und Gemeinden, die schon bisher mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert worden sind. Besondere Aufmerksamkeit hat das Reichsarbeitsministerium auch der Arbeitsbeschaffung für Groß-Berlin zugewendet. Die Groß-Berliner Gemeinden sind aufgefordert worden, ihre Projekte der größeren Beschleunigung halber unter Umgehung des üblichen Instanzenzuges unmittelbar dem Reichsarbeitsministerium zu übergeben. Für 205 Unternehmungen mit Arbeitsgelegenheit für rund 10.000 Erwerbslose ist die Anerkennung nach den Vorschriften der produktiven Erwerbslosenfürsorge sofort erteilt worden. Die Projekte der Stadt Berlin konnten noch nicht erledigt werden, weil ihnen die drückendsten Unterlagen fehlten. Hier werden allein in nächster Zeit noch weitere 800 Projekte mit 20.000 Arbeitsplätzen hinzukommen. Dazu kommt noch die bekannte, vom Reichsarbeitsamt Groß-Berlin geleitete Aktion zur Unterbringung der Bau- und Bauhilfsprojekte durch Zuschüsse für Ausbesserungsarbeiten, wodurch mehr als 2000 Arbeiter Beschäftigung gefunden werden soll. Alle diese Maßnahmen brauchen natürlich eine gewisse Vordereitungszeit ehe sie ihre Wirkung entfalten können. Sie werden aber nunmehr in nächster Zeit einsetzend auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen, der sich im übrigen nach den Berichten der Landesarbeitsämter in den letzten Wochen um ein wenig gesestigt hat.

Von der Finanzkonferenz in Brüssel

Brüssel, 26. Sept. Die Finanzkonferenz hat die von dem Organisationsausschuß aufgestellte Geschäftsbearbeitung angenommen, ohne daß sich ein weiterer Widerpruch erhob. Es wurde beschlossen, daß die Delegierten nur einmal zu einem Gegenstande das Wort haben, daß das französische die Amtssprache der Konferenz sei und daß jede Rede ins Englische übersetzt wird. Jeder Delegierte hat eine Stimme. Die Entscheidung wird durch namentliche Abstimmung erzielt. Am als amtliche Nachschlage der Konferenz zu gelten, muß die Entscheidung einstimmig angenommen werden, andernfalls wird der dem Völkerbundrat erstattete Bericht nur eine Feststellung der auseinandergehenden Meinungen der Konferenz bedeuten. Die Konferenz trat dann in die Tagesordnung ein. Die vertretenen Nationen werden ihre finanzielle und wirtschaftliche Lage darzustellen, zuerst Dänemark.

Bayern wird die Entwaffnung nicht durchführen

München, 26. Sept. Gelegentlich des gestern eröffneten Landespreisschießens bayerischer Gewehrnerwehren fand heute vormittag ein Festakt auf dem Königsplatz statt. Ministerpräsident von Kahr führte aus, daß in Bayerns schwerer Not beschränkt, um das Wohl des Vaterlandes treuester Männer ohne Unterscheidung von Beruf und Partei zusammenzutreten, um als echte Volkswehr Haus und Hof zu schützen. Die Erwerbswehr sei getragen von der hohen, heiligen Pflicht, daß jeder Wehrmann seine ganze Persönlichkeit und das Leben einsetze für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung. — Der Landeshaupmann der Gewehrnerwehren, Major Ehrlich, hob hervor, daß die Wehren ihr Ziel auf fernem Wege ohne nach rechts oder links nachzugeben, deutlich verfolgen würden, zum Behen des bayerischen und des deutschen Vaterlandes. Was sie erreicht hätten, das zeigte sich schon darin, daß in Bayern der Umsturz nicht mehr gewagt habe, das Haupt zu erheben.

Erklärungen des neuen französischen Ministerpräsidenten

Paris, 26. Sept. Die Kammer nahm gestern die kurze Erklärung der neuen Regierung, die in Form einer Antwort auf zwei sozialistische Interpellationen gegeben wurde, entgegen und sprach dem neuen Ministerpräsidenten George Legues mit 507 gegen 80 Stimmen ihr Vertrauen aus. — Der Sozialist Brade interpellierte über die Politik, die die Regierung Ausland gegenüber verfolgen werde, und Berthoin fragte, wie sich der neue Ministerpräsident zu den Arbeiterorganisationen im Lande stelle. Dem ersten Interpellanten erwiderte Legues, daß er Rußland Frieden, Ruhe und Ordnung wünsche, damit das Land wieder ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft werde. Bezüglich der zweiten Interpellation erklärte Legues, daß im Interesse des Landes eine innere Wiedervereinigung stattfinden müsse zur Lösung aller inneren Schwierigkeiten einerseits und andererseits, um den drohenden Gefahren von außen entgegenzutreten. — Die Kammer begrüßte die Regierung mit Beifall, nur die Sozialisten verhielten sich schweigend.

Uberschwemmungen in Frankreich

Grenoble, 26. Sept. Agence Havas. Infolge wolkensbruchartigen Regens der letzten Tage traten die Flüsse in der Haute-Maurienne über die Ufer und zerstörten Straßen, Fabriken und Mästen. Bei St. Julien de Maurienne wurde die Eisenbahnbrücke weggerissen. Der Bahnhof von St. Michel de Maurienne ist überschwemmt. Die Bezirke von Modane und Lans d'Ybourg sind seit Freitag vollständig abgeschnitten und besitzen weder Straßen, noch Telephon, noch Telegraph. Der Schaden wird auf rund 20 Millionen Franken geschätzt, wovon 10 Millionen Franken allein auf die Fabrik Alais et Camargue fallen.

Valuta-Bericht vom 25. September

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 9.75. Ausgabung Holland notierte etwa 19.75 M. per hfl., Schweiz 10.25 M. per schw. Fr., England 221 M. per hfl. Sterl., Frankreich 4.25 M. per frz. Fr., Neuhport 63.80 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 27. September 1920

Die über Süddeutschland vorhandenen Störunggebiete hatten auch gestern noch ihren Einfluß behalten und noch mehrere Regengüsse verursacht. Da nun jetzt ein Hochdruckgebiet über Frankreich liegt und sich östwärts weiter ausdehnt, wird sich nunmehr die Besserung vollziehen. Wetterausblick bis Dienstag, 28. September, abends: Vielwolke neblig, untertag zeitweise aufheiternd, meist trocken. Sehr kühle Nacht. In freien Lagen Nachtfrost.

Wasserstand des Rheins

Schulterinsel 265, gest. 30; Keßl 315, gest. 3; Maxau 498, gest. 12; Mannheim 387, gest. 10 Zentimeter.

Schriftleitung: Georg Schödlin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Redaktionen und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Naturfreunde, Gau Baden.) Heute abend halb 8 Uhr Gauausführung bei Gen. Silz, Mühlburg, Wachtstraße 69, 4. St. Die Gauleitungsmitglieder werden um pünktliches Erscheinen erludt. 5820

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Friedrich Weber von hier, Schloffer hier, mit Emilie Kander von hier. Hermann Weß von hier, Bahnarbeiter hier, mit Vina Billel von hier. August Giesler von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Emilie Weßler geb. Holzmann von Heilbronn. Leonbin Reidia von Mühlhausen, Werlme hier, mit Anna Müller von Hommersheim. Peter Dreißluft von Lübeltschfen, Schreiner hier, mit Paulina Weinmann von Gaujen. Alfons Holzwarth von Gohlens. Friedrich Herlan von Wanklenloch, Monteur hier, mit Louise Siege von Peterzell. Theodor Lüber von hier, Kaufmann hier, mit Gertrude Dehrich von Pforzheim. Hermann Kadel von Kofsla, Schmied hier, mit Anna Schultis von Rurtwangens. Hermann Ferdinand, von hier, Waidmännerschloffer hier, mit Luise Antritter von Sulzfeld. Karl Kaffer von hier, Verwaltungssekretär hier, mit Frieda Göpprich von hier. Karl Nieger von Menzingen, Brenzaufseher in Au, mit Luise Kögel von Gochsheim. Paul Laboff von Münsler, Reifender hier, mit Luise Schwab von Freiburg. August Bürger von Hohenfels, Elektromonteur in Bühlertal, mit Paula Weitzer von Baden. Wilhelm Meßler von Offenburg, Unterlehrer hier, mit Margaretha Deß von hier.

Neue Kleider- und Mantelstoffe

Kleiderstoffe 110/130 cm breit einfarbig, kariert u. gestreift Mtr. Mk. 28.- 48.- 65.- 75.-

Mantelstoffe 140 cm breit schwere Flausch-Stoffe Mtr. Mk. 75.- 85.- 95.- 135.-

Herrenstoffe 140/150 cm breit tragfähige Qualitäten Mtr. Mk. 75.- 95.- 135.- 160.-

W. Boländer Kaiserstr. 121

Rucksäcke

prima Qualität, eigenes Fabrikat, in verschied. Preislagen sowie hat abzugeben

Max Oswald, Sattlerei, Karlsruhe, Schloßgasse 42

Tüchtige selbständige Schreiner

gesucht.

Karl Alais, Möbelfabrik, Speyer a. Rh.

Badischer Baubund

G. m. b. H.

Möbelabteilung.

Wir arbeiten mit dem Badischen Handwerk Hand in Hand

Preisnachlässe

die uns unsere Möbelhersteller gewähren, um in der stillen Zeit die Arbeiter beschäftigen zu können, lassen wir unsern Möbelkäufern zu Gute kommen.

Aus unserm Lagerbestand geben wir bis auf weiteres bestimmte Modelle bei Barzahlung zum Selbstkostenpreis ab.

Die stillen Geschäftsmonate September und Oktober bringen daher dem Möbelkäufer Vorteile, ein gesteigerter Umsatz, dem Handwerker Arbeit.

Badischer Baubund G. m. b. H.

Verkaufsstelle Karlsruhe

Karl-Friedrichstraße 22 Telefon 5157.

Verkauf gegen bar oder erleichterte Zahlungsbedingungen. 5170

Tüchtige Holzküfer

für dauernde Beschäftigung hier sofort gesucht.

Oberheinische Bottich- und Fassfabrik

Frei Frisch, Lahr in Baden.

Kleider!

Uniformen, Schuhe, Mäntel, Vorhänge u. Federbetten lauft fortwährend zu höchsten Preisen

S. Ugelrad

neue, von 450 Mark an

Carl Ugelrad, Schloßplatz 26

Säcke

Qualitätsware, genaue Maße, große Auswahl, wirklich preiswert.

Besonders vorteilhaftes Angebot

Alasca - Fluchse

Keine leere Lademeile!

Nur Karl-Friedrichstraße 6, 1. Trepp.

J. Schorpp, neben Spielerei & Wels, Nähe Schloßplatz 5422

Schirm-Reparaturen

aller Art werden schnell, fachmännisch u. billig ausgeführt bei

W. Kretschmar Nachfolger

Karlsruhe, Schirmfabrik Kaiserstr. 82 a.

Gespielte Pianos!

Lipp, Krauss, Peurich, Berdux

Odson-Musikhaus

Karlsruhe, Kaiserstr. 175, Tel. 339.

Mandolinen Gitarren

und Sauten

kauf fortwährend

Weintraub's

in- u. Verkaufsgeschäft

52 Kronenstr. 52.

Ankauf! Lumpen,

Alt-Eisen, Metalle, Papier, Flaschen, Felle zum höchsten Tagespreis. Gantloberter und Händler Bezugspreis.

Kögel, Nachf. Weizmann

Karlsruhe - Mühlburg, Sedanstraße 8.

Kartoffel-Säcke

schließen Sie zum billigen Preise von 8.20 Mark per 50 Kilogramm

5612

Wagelstr. 24, im Hof.

Diwans

neue, von 450 Mark an

H. Köhler, Schloßplatz 26

Platina, Gold und Silber

und bezahlte die höchsten Tagespreise.

Carl Auwaerter, Kriegstraße 81, parterre.

Achtung!

Großer Verkauf in Herren-Anzügen

Um der gesteigerten Nachfrage zu genügen, verlängern wir den Verkauf bis Samstag, den 9. Oktober 1920

Geöffnet von 9-12 und 3-6 Uhr.

Einkaufsgenossenschaft der Beamten u. Staatsarbeiter in Baden m. b. H.

Kriegstraße 7, alter Personenbahnhof.

Zugang von der ehemaligen Bahnsteigseite.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlsche Karlsruhe. Dienstag, den 28. September 1920, abends 7 1/2 Uhr, im „Colosseum“ (Saal III), Waldstr. 16/18

- Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlung des Ortsausschusses des V. D. G. 2. Bericht der Ortsverwaltung. 3. Aufgabe der Betriebsräte und Betriebsobleute.

Arbeiter-Sekretariat Karlsruhe des Allgem. D. G. B.

Stefanienstraße 74 - Telefon 2090 erteilt Auskunft und Rat an jedermann in Sachen des bürgerlichen Rechts, der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterrechts.

Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden betr. Gemäß § 9 Ziffer 3 des Naturalleistungsgesetzes sind von der Heeresverwaltung für verarbeitete Futtermittel zu vergüten:

Table with 3 columns: Month (July, August, September) and 3 rows of feed types (Hay, Rye straw, Barley) with corresponding prices.

Karlsruhe, den 21. September 1920. Bezirksamt. D. 3. 27.

Diplomat-Schreibfische

Buchen, m. Rollen und Fäden, gebleicht und hell mottiert, hat sofort lieferbar: Schreiner Schmidt, Röhrenstr. 8, Gerolsteinhof.

Ich zahle

die besten Preise für Kleider, Schuhe, alte Möbel, Wäsche, Lumpen, Papier, Bücher, alte Teppiche usw.

Schuh- und Wäsche-Verkauf

der freien Gewerkschaften Pforzheim Klostermühlstraße 1. Neu eingetroffen! Ein Posten Ia. Kammgarn-Sweater für Kinder, ein großer Posten Sportkrawatte in verschiedenen Dessins.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschub Pforzheim.

PETERS UNION Pneumatic advertisement featuring a logo and text: MITTELDEUTSCHE GUMMIWARENFABRIK LOUIS PETER, A.-G. Filiale Mannheim, Seckenheimerstraße 30.

Sonder-Verkauf! vom 18.-30. Sept. 1920, gewähre ich auf alle Salden-Belichtungskörper 20% Rabatt. Includes an image of a lamp.

Reichhaltige Ausstellungen in allen Arten Steh- u. Hängelampen. Die komplette Pendellampe Nr. 25 mit Seldenschirm netto Mk. 125.-

Wilh. Clorer jr. Kaiserstr. 126, Hth. Metallbetten Stahl- u. Eisenbetten, Matratzen, Federbetten, Wolster an Jedermann. Katalog frei.

Wanzenotd zur Selbstverteilung. Markgrafenstr. 52 Karlsruhe - Tel. 3233

Stärke- Leib- und Haushalt- Wäsche übernimmt bei kurzer Lieferzeit Dampfwasch-Anstalt A. Lau Karlsruhe Annahmestellen: Augartenstraße 37, Laden Scherzstraße 10a, Schützentr. 48, Lad. Sofienstr. 13, Laden Waldhornstr. 31, Laden (Eingang Zähringerstraße).

Durlacher Anzeigen. Beim Wohnungsamt ist die Stelle eines Sekretärs sofort zu besetzen. Verlangt wird ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, der mit den einschl. Gesetzen und Verordnungen vertraut und gemäht im schriftl. und mündl. Verkehr mit dem Publikum ist.

Rastatter Anzeigen. Diejenigen Familien und Einzelpersonen, die ihren Winterurlaub in Rastatt am See unter Angabe der längstens 27. September unter Angabe der zu besetzenden Räume an dem Rathaus, Zimmer Nr. 15, melden.

Offenburger Anzeigen. Die Schuldienerschaft an der Gewerkschule soll sobald neu besetzt werden. Bewerbungen sind bis zum 1. Oktober d. J. unter Angabe der persönlichen und Familienverhältnisse und der Gehaltsansprüche beim Stadtrat einzureichen.

Baden-Baden. Kaufmannsgerichtswahl betr. Einladung zur Erneuerungswahl der Richter des Kaufmannsgerichts. Die Amtszeit folgender Richter des Kaufmannsgerichts aus dem Stand der Handlungsgehilfen ist abgelaufen: 1. Ernst Weitzer, 2. Robert Küner, 3. Ernst Meister, diese bereits ausgeschieden, 4. Bernhard Rielhammer, 5. Georg Stephan, 6. Adolf Zeune.

Wahl liegt den Handlungsgehilfen ob, sie es unmittelbar und geheim. Wahlberechtigt ist, wer das 20. Lebensjahr vollendet hat und im Bezirk des Kaufmannsgerichts beschäftigt ist. Nicht wahlberechtigt sind: 1. Ausländer, 2. Personen, welche die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben, 3. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann, 4. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihre Vermögensgegenstände beschränkt sind.

Zur Stimmabgabe werden nur diejenigen Handlungsgehilfen zugelassen, welche in der Wählerliste nach vorchriftsmäßiger Anmeldung eingetragen worden sind. Die wahlberechtigten Handlungsgehilfen werden aufgefordert, sich zur Aufnahme in die Wählerliste innerhalb zwei Wochen vom Tage des erstmaligen Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, mündlich oder schriftlich anzumelden.

Das Wahlrecht ist nur in Person durch Stimmzettel auszuüben, welche handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung herausgegeben sind, unverändert einer der gültig eingereichten Vorschlagslisten entsprechen und nicht mehr Namen enthalten dürfen, als Bewerber in der betreffenden Wahlhandlung zu wählen sind.

Die wahlberechtigten Handlungsgehilfen werden hiermit zur Wahl eingeladen. Gleichzeitig werden die wahlberechtigten Handlungsgehilfen gemäß § 4 des Ortsstatuts über die Errichtung des Kaufmannsgerichts in Baden-Baden aufgefordert, die Wahlvorschlagslisten einzureichen. Die Stimmabgabe bei der Wahl bleibt auf solche Wahlvorschlagslisten beschränkt, die spätestens eine Woche vor dem Wahltermin, also vor dem 1. November 1920, dem Stadtrat übergeben sind.

Die wahlberechtigten Handlungsgehilfen müssen von mindestens 10 wahlberechtigten und in die Wählerliste eingetragenen Handlungsgehilfen unterstützt sein. Unterschriften, die auf mehreren Vorschlagslisten stehen, werden nur auf der zuerst eingereichten Liste anerkannt. Vorschlagslisten, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen oder nicht rechtzeitig eingereicht sind, sind unzulässig. Die ordnungsmäßig eingereichten Vorschlagslisten werden nach der Reihenfolge ihres Eingangsdates öffentlich bekannt gegeben. Die Wählerlisten für die Wahl der aus der Zahl der Handlungsgehilfen zu wählenden Richter werden, nachdem sie aufgestellt sind, am Montag, 18. Oktober 1920, bis mit Montag, 25. Oktober 1920, während der üblichen Geschäftsstunden auf der Gerichtsschreiberlei des Kaufmanns- und Gewerbegerichts - Sparrhofgebäude, Wäldertstraße 1 - während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht der Wähler aufgelegt. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind während der Dauer der Auflegung bei dem Stadtrat schriftlich oder mündlich im Protokoll des Stadtrats-Sekretariats zu erheben. Der Stadtrat entscheidet über dieselben innerhalb einer Woche nach Ablauf der Einspruchsfrist endgültig. Der Stadtrat.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund“